

metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Geschieht wöchentlich am Samstag.
Abonnementsspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Blötestraße 16 a part
Zeilenumruf: Nr. 8800.

**Insertionsgebühr pro sechsgespaltene Rölonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
(Geschäftsinserate führen keine Nutzungsgebühr)**

393000
EXEMPLARE

ocracht die - 71 -

Wirtschaftliche Rundschau.

Im Beleben der weiteren Besserung stand die Industrie bisher auch im neuen Jahre. Auf den Eisenmärkten des In- und Auslandes machte sich anhaltend rege Nachfrage geltend, die Preise stiegen an, kaum ein Tag vergeht, an dem nicht für mannigfache Produkte Preissteigerungen bekanntgegeben werden. Der Deutsche Stahlwerksverband hat den Verkauf für das zweite Quartal 1910 noch nicht aufgenommen, wenn das in den nächsten Tagen geschieht, so wird er voraussichtlich für Halbzeug und Formteile Preiserhöhungen von 5 M. für die Tonne eintreten lassen, der Belgische Stahlwerksverband hat in den letzten Tagen seine Notierungen von neuem erhöht, ein Beweis, daß auf dem internationalen Markt stetige Aufwärtsbewegung der Preise sich ohne Schwierigkeiten durchsetzen läßt. Im Dezember 1909 stellte sich der Verband des Stahlwerksverbandes in Halbzeug, Formteilen und Eisenbahnmateriel auf 409 840 Tonnen gegen 390 355 Tonnen im November 1909 und 358 491 Tonnen im Dezember 1908. Deutsches Roheisen erzeugung wies im Dezember Rekordzahlen auf, mit 1 164 624 Tonnen wurde die stärkste Monatsproduktion ergiebt, die je zu verzeichnen war. Füllt das ganze Jahr 1909 ergibt sich eine Mehrerzeugung von 1,1 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahr. Vorläufig werden auf dem Roheisenmarkt für 1911 fast gar keine Abschlässe vorgenommen, die überwiegende Zahl der Verbraucher hat für das Jahr 1910 den Roheisenbedarf gedeckt, doch es erfolgen noch laufend Zusatzkäufe. Trotzdem eine Wiedererrichtung des Roheisenstandards für absehbare Zeit nicht in Frage kommt, daher mit gewissen Konkurrenzkämpfen zu rechnen ist, bleiben die Preise steigend, deutsches Gießereileisen Nr. 1 stellt sich auf 61 bis 63 M., Nr. 3 auf 60 bis 62 M., im Anfang November betrugen die Preise etwa 58 bis 60 M. und 57 bis 59 M. Der Preis von Luxemburger Gießereileisen zog von 49 bis 50 M. Anfang November auf 55 bis 56 M. an. Unter den Lothringisch-Luxemburgischen Werken haben die Verhandlungen zur Bildung eines neuen Verkaufsverbundes infolfern zu einem Erfolg geführt, als die in der Hauptsoche für den Verlauf arbeitenden Werke de Wendel, Hohingen, H. und C. Collart, Steinsfort, Rumesingen, Rodingen, Le Gallais-Miek & Co. sich zu einem Syndikat zusammengeschlossen haben. Es wurde festgestellt, daß sämtliche Werke ihre Produktion bis zum 30. Juli 1910 ausverkauft haben, und daß auch für das zweite Semester 1910 nur noch kleine Quantitäten zu verkaufen bleiben. Mit den gemischten Lothringisch-Luxemburgischen Werken sind keine Verhandlungen geführt worden, angeblich weil man angenommen hat, daß diese Werke jetzt durch die stärkere Beschäftigung in den Stahlwerken Roheisen in nennenswertem Umfang nicht mehr zu verkaufen haben. In Wirklichkeit dürfte jedoch die berechtigte Vermutung bestanden haben, daß die gemischten Werke für einen Anschluß nicht zu haben wären.

Bei der steigenden Konjunktur mehren sich, wie zu erwarten war, die Neugründungen von Konventionen und die Differenzen innerhalb bestehender Kartelle schwächer. Das Deutsche Stahlbaustahlkonto, das den gemeinsamen Verlauf von Material für den Bau von Eeischiffen betreibt, ist auf die Dauer eines Jahres verlängert worden, nachdem Mitte des vergangenen Jahres der Vertrag kurz vor seinem Ablauf durch ein Provisorium erneut worden war. Bei der jüngst erfolgten Erneuerung waren dem Konto das Wittenauer Gußstahlwerk, die Firma Henschel & Sohn in Hattingen und das Rendsburger Stahl- und Walzwerk anfangs nicht beigetreten, aber bald darauf erklärten auch sie ihren Anschluß. Gegründet wurde dieses Syndikat im Jahre 1905, als zuvor die Erneuerung des Verbandes Deutscher Großblechwalzwerke gescheitert war. Vor wenigen Wochen wurde auch eine Großblechkonvention errichtet, die in diesen Tagen eine weitere Preiserhöhung von 2,50 M. für die Tonne und die Verlängerung ihres Vertrags bis zum 31. Dezember 1910 beschloß. Der frühere Kupferblechverband ist in ein Kupferblechsyndikat umgetaucht worden, an dieser Umwandlung beteiligten sich die Gewerkschaftlich Mansfeldsche Handelsabteilung in Eisleben und die Firma A. Laue & Co., Kupfer- und Messingwalzwerk in Berlin-Steinrichsdorf nicht. Beide hatten dem Kupferblechverband angehört. Bei den allgemeinen Preiserhöhungen ist die Verkaufsstelle des Deutschen Kupferrohrverbandes in Köln mit Preisheraufsetzungen vorgegangen, sie erhöhte mit dem 4. Januar den Grundpreis für gezogene Kupferrohre ohne Raut von 189 auf 169 M. Diese Erhöhung ist um so auffallender, da auch am Kupfermarkt die Besserung weiter fortgeführt wird, im Monat Dezember 1909 haben die gesamten Weltmärkte an Kupfer erstmals seit Monaten wieder eine Abnahme aufzuweisen. Ist diese Abnahme auch nur verhältnismäßig gering gewesen, so ist sie doch zu beachten, da in den Vormonaten die Zunahmen der Weltmärkte sehr stark waren. Die steigende Tendenz des Kupfermarktes, die mit einer beabsichtigten Gründung eines Kupfertrustes erläutert wurde, dürfte, da die Trustgründung wohl kaum erfolgt, in der Hoffnache auf die Zunahme des amerikanischen Kupferkonsums zurückzuführen sein. Bei der Maßnahme des Deutschen Kupferrohrverbandes kann es sich, wie die Kölnische Volkszeitung bemerkt, nur um Kampfspiele handeln, um die dem Verband noch fernstehenden Meile mürde zu machen.

Ueber das Geschäft in Staatsen wird berichtet, daß die bisher zur Lieferung im zweiten Quartal vorgenommenen Abschlüsse höchstens Umfang seien, die Mindestpreise der Konvention würden

glat erzielt, Flußseisenmaterial stellt sich zum Teil bereits zu 112 M. Die Vereinigung rheinisch-westfälische Schweißereien hat die seit dem dritten Quartal 1907 geltenden Grundpreise für Lieferung im zweiten Quartal 1910 von 125 auf 130 M. erhöht, die Beschäftigung wird als befriedigend bezeichnet, die Werke sind gut besetzt. — Von besonderem Interesse sind die Verhandlungen zur Verlängerung des Deutschen Gußrohrsyndikats, da es sich dabei um die Stilllegung kleinerer und mittlerer Betrieb handelt. Der Syndikatsvertrag läuft mit dem 30. Juni 1910 ab; seiner Erneuerung stehen erhebliche Schwierigkeiten entgegen, da das Syndikat nur noch den Charakter des Kumpfkartells trägt. Das Syndikat (es wurde im Jahre 1902 gegründet und in der jetzige Form im März 1908 bis zum 30. Juni 1910 verlängert) zerfiel nach der Frankfurter Zeitung in zwei Gruppen, nämlich in Gruppe für Rohre von kleineren Dimensionen und in Gruppe II für solche von größerem Umfang. Bald nach der Verlängerung des Syndikats entstand jedoch in der Gruppe II seitens außenstehender Werk und namentlich solcher, die schmiedeeisernes Material herstellen, ein erträglicher Wettbewerb, daß das Syndikat sich genötigt sah, den Verkauf in dieser Gruppe freizugeben. Dadurch wurden einem überaus scharfem Kampfe die Wege geebnet, zumal die Werke, die schmiedeeisernen Rohre herstellen, mehr und mehr den Markt an sich gerissen haben. Die Folge dieses Zustandes soll gewesen sein, daß namentlich die kleineren Werke meist mit Verlust arbeiteten oder zumindesten nichts verdienten. Bei den Erneuerungsverhandlungen stellen nun diese Werke die meisten Sonderforderungen. Um sie abzufinden, will man nun zur Quotenübertragung greifen. Die hierfür in Frage kommenden Betriebe sollen zwar ihre Beteiligung innerhalb der Gesamtquote des Syndikats erhalten, auf die Ausübung der Fabrikation jedoch verzichten, sie erhalten dann für jede Tonne der Beteiligung als Abfindung einen Grundpreis, der sich entsprechend den Preisschwankungen auf dem Gußrohrmarkt erhöht oder erniedrigt. Der Konzentrationsprozeß in der Industrie wird auf diese Weise treibhausmäßig beschränkt, die Stilllegung durch Quotenübertragung kann in der Eisenindustrie bei Errichtung des Walzdrahtverbandes zur Anwendung hierbei werden; fünf Werke ganz oder teilweise stillgelegt.

Aus der Kleinerei in und um die Stadt wird berichtet, daß die meisten Branchen über zunehmende Beschäftigung bei langsam anziehender Preisen verfügen. In der Handelspresse werben Klagen über Schleuderkonkurrenz aus den Zweigen erhoben, in denen keine Konventionen bestehen. Dort, wo sie vorhanden sind, werden die Preise als beständig bezeichnet. Namhafte Exportaufträge sollen Solinger und Remscheider Spezialbranchen — fürt Meissner, Scherer und Wassen — zugegangen sein. Günstig lauten die Schilderungen des Geschäfts in Schrauben, Nieten und Muttern. Der Deutsche Nietenfabrikanten beschloß in der ersten Januartwoche die sofortige Preiserhöhung um 10 M. pro Tonne für Schüsselkessel- und Brückennieten, der Grundpreis beträgt 155 M. pro Tonne. Die fünf bisher noch auftretenden schlesischen Werkwerden dem Verein demnächst beitreten, weiter werden Verhandlungen geführt, um den Verein in ein festes Syndikat umzuwandeln. Unter den Schlittschuhfabrikanten werden Verhandlungen zum Zusammenschluß geführt, ferner wird versucht, die Schlosskonventionen im belbteren Revier zu erneuern.

Zu einer Kapitalerhöhung von 5 Millionen Mark schreiten die Rheinischen Stahlwerke, die neuen Mittel sollen zur Ausschließung der linksrheinischen Kohlenfelder, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, Verwendung finden. Auch die Geschichte dieses Unternehmens zeigt die gewaltige Entwicklung der Eisenindustrie in den letzten Jahren. Im Jahre 1870 begründet, hatte die Gesellschaft noch Mitte 1898 nur ein Aktienkapital von 6 510 000 M. In einem außergewöhnlich schnellen Tempo begannen alsdann die Kapitalerhöhungen: Ende 1898 um 3 240 000 M., 1899 um 4 050 000 M. wenige Monate darauf um 13 200 000 M. (diese starke Kapitalvergrößerung erfolgte zum Erwerb der Zechen Ettum), 1904 wurde zur Übernahme der Aktiengesellschaft Duisburger Eisen- und Stahlwerke eine Erhöhung von einer Million vorgenommen, 1905 eine solche von 2 Millionen Mark, im Sommer 1908 beschloß die Gesellschaft eine neue Kapitalerhöhung um fünf Millionen Mark zum Erwerb von Bergwerksbeteiligungen, die jetzt zur Ausschließung gelangen. — Nach Durchführung der jetzt beantragten Erhöhung wird das Kapital 40 000 000 M. betragen.

Von zwei optischen Anstalten sind in diesen Tagen die Abschlusssziffern für das Jahr 1908/09 bekanntgeworden, die Ergebnisse sind grundverschieden. Die Optische Anstalt C. B. Goetz & C. - G. in Friedenau, erzielte nach Abzug der Umlosten und der auf 424 135 M. (im Vorjahr 331 604 M.) bemessenen Abschreibungen einen Überschuss von 1 053 742 M. (673 985 M. im Vorjahr). Es wird eine Dividende von 15 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahr zur Verteilung gelangen. In dem Bericht bemerkt die Verwaltung, daß sie die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr glaubte als günstig bezeichnen zu dürfen. Bei der Aktiengesellschaft Voigtländer & Sohn in Braunschweig wird der Abschluß für 1909 einen Betriebserfolg ergeben, im Jahre 1908 wurde der Bruttogewinn von 57 048 M. auf Warenkonto abgesetzt. Nach Mitteilungen in der Handelspresse haben sich bei der Voigtländer-Gesellschaft recht merkwürdige Kaufmännische Praktiken eingebürgert, gegen den Ausschüttungsrat und die von ihm genehmigte Bilanzierung sind schwere Vorwürfe erhoben.

Ein erheblich günstigeres Resultat als im Vorjahr erreichte im Jahre 1908/09 die Bielefelder Maschinenfabrik, L.-G., vorm. Dürkopp & Co. Nach Abzug der Umlöste von 651 064 M. (526 545 M. im Vorjahr), Abschreibungen auf die Anlagen in Höhe von 168 091 M. gegen 143 031 M. im Vorjahr

und auf Außenstände von 33 165 M. ergibt sich ein Überschuss vom 878 926 M. gegen 552 417 M. im Vorjahr. Die Dividende wiedermitt 23 Prozent gegen 17 Prozent im Vorjahr zur Verteilung gelangen. — Die Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen F. Zimmermann & Co., A.-G. in Halle, wölb, wie die Verwaltung berichtet, nach erheblich höheren Abschreibungen und Rückstellungen als im Vorjahr die Ausschüttung einer Dividende von 7½ Prozent. gegen 5 Prozent im Vorjahr in Vorschlag bringen. Ferner ist beschlossen worden, zur Stärkung der Betriebsmittel das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe von Vorzugssaktien um 500 000 M. auf 1,8 Millionen Mark zu erhöhen. Diese Maßregel ist nach Angabe der Verwaltung schon mit Rücksicht auf den wesentlich gestiegerten Umsatz erforderlich.

Eine für die Gasglühlichtindustrie bedeutsame Entscheidung hat kürzlich das Reichsgericht gefällt. Es erklärte das Hängegasglühlicht-Patent Nr. 126 135 in allen Teilen für gültig. Früher war die Nicht Gültigkeitserklärung dieses Patents ausgesprochen worden. Die Rundschau für die Installations-, Beleuchtungsglas- und Blechindustrie bemerkt, daß das Wohl und Wehe der jungen Hängegasglühlichtindustrie nunmehr in den Händen der Gebrüder Mannesmann anliege. Diese Brüder Mannesmann, die das Hängegasglühlichtpatent besitzen, sind dieselben, die die angeblichen Minenrechte in Matosko erworben haben und zur Betreibung ihrer Spekulationsinteressen das Reich zu engagieren versuchten. Die Deutsche Gasglühlicht-Aktiengesellschaft (Auer-Gesellschaft) und die Firma Erich & Graetz gaben bekannt, daß sie schon vor einigen Jahren mit den Gebr. Mannesmann einen Lizenzvertrag abgeschlossen haben, so daß ihre Betriebe durch das neue Reichsgerichtsurteil nicht berührt werden.

Von der französischen Mittelmeerbahn sind in Deutschland 20 Lokomotiven bestellt worden. Nach der Meldung eines Berliner Blattes wollte die Bahngesellschaft zuerst eine wesentlich größere Anzahl von Lokomotiven sowohl nach Deutschland als nach Belgien, das einen Auftrag von 15 Lokomotiven erhalten hat, vergeben, doch der Minister der öffentlichen Arbeiten habe sich auf Eruchen der französischen Lokomotivbauanstalten verwandt, daß diese Bestellung in Frankreich bleiben.

Amerikanisches

Kapital und Arbeit fraternisieren

Während tausend streikende Schneiderinnen in den eigenen Straßen der Hudsonmetropole gegen Hunger, Polizeiknüppel, Gefängnis und Unternehmer kämpfen, während die Slaven der Eisenwerke zu Mc Nees Knäts ihre noch blutenden Wunden verbinden, während die ausständigen Blecharbeiter der Hungerpeitsche der Stahlstrümmagnaten zu erliegen drohen, während Gewerkschafter in den pennsylvaniaischen Eisenstädten von den Werkzeugen des Kapitals unschuldig niedergeknüppelt, eingekerkert, verurteilt oder kurzerhand ins Wasser getrieben werden, findet im fashionablen Astorhotel zu New York eine hochsolenne Verbrüderung zwischen Capital und Arbeit unter den Auspizien der Civic Federation statt. Beweist nicht die Möglichkeit derartiger Zusammenkünste allein schon, wie ungerecht die Maßnahmen des Außencomitée behandelt werden?

untzte auch schon, wie unrecht die Apostel des Klassenkampfes habent? Im strahlenden Lichterglanz und bei vollen Taschen fanden sich zusammen Ausbeuter im Dienst und Ausbeuter außer Dienst, Stahltrustdirektoren, Eisenbahnlöchte, „Allerwelts„reformer“, „Arbeiterfreunde“, Zeitungsbesitzer, Tierschutzbereinler, Renommisten der Nächstenliebe, Tagediebe, gerissene Politiker, korrupte Richter und Apostel des Weltfriedens. Den Mitt für diese prächtig soliden Quadesteine der kapitalistischen Gesellschaft bildeten die Vertreter der „organisierten Arbeit“. Sie alle hatten sich zusammengefunden, um die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit praktisch darzutun, um bei Gabel- und Gläserlang die Interessengemeinschaft zwischen Arbeiter und Kapitalist, die amerikanische Arbeit, die Intelligenz der Arbeitervertreter und noch andere Dinge zu feiern.

Die Arbeiter warteten beim Fest auf, Arbeitervetreter durften auch reden, aber das Kapital dominierte. So etwas nennt man im Jargon der Civic Federation oder der unionistischen Harmoniedusselei: Kapital und Arbeit berührten sich mit dem Ellbogen, oder auch: Die Arbeiterorganisation

In einem obskuren, abgelegenen Winkel waren die kleineren
Lichter der „organisierten Arbeit“ plaziert. An die große Tischreihe,
genauer an die Tische fünf, sechs und siebzehn hatte man die be-
rühmtesten der geladenen Männer der Arbeit gewiesen. Am Tisch
fünf saß der Präsident der Machinenbauert, O'Con-
nell, mit August Belmont, dem „heiligen Patron“ der organi-
sierten Arbeiterbewegung. An Nummer sechs war der ehemalige
Präsident der Bergarbeiter, Mittell, in munterer Unterhaltung
mit Henry Hipp, dem „Arbeiterfreund“ und Direktor
des Stahltrusts. An Nummer siebzehn saß Samuel
Gompers mit solchen edlen und unverdrossenen „Freunden“ der
Lohnarbeiter, wie: Elihu Root, Dow, Speyer, Seligmann
und Crescenzio. Die Buchdrucker Lynch und Tolosa stießen die Köpfe
mit Hermann Ridder von der Staatszeitung in solcher Ver-
traulichkeit zusammen, daß sie gar nicht gewahr wurden, daß die
Gästeliste nicht das Gewerkschaftszeichen trug, worauf
man in amerikanischen Gewerkschaften doch so viel Wert legt. Auf
dem „Tische“ qualmten die weniger prominenten Sterne am Firmament
der Arbeit. Drollig nahmen sich die Arbeitervertreter in ihren
zu diesem hohen Rode geliehenen, nicht gentlemanlike sitzenden
Frauenanzügen aus; und erhebend war es, wie sie die Manieren ihrer
herren Gastgeber nachäfften. Auch eine typische Darstellung des

Gildes Dokat und sein Herr war zu sehen: die Kaufheit in der Stimme des Mister Wool, ehemaligen Ministers und späteren Korporationsanwälts, machte Comptons viel Sorge. Er wäre Wasser ein und zog es dem endenden Kasten. Dieser nahm keine Notiz davon. Nach Verhandlung der Rechte eröffnete ihm Comptons wiederum Wasser. Diesmal gab's eine verdeckte blinde Abrechnung. Über solche Troschensfälle waren zu unbedeutend, um bemerkt zu werden. Jedoch sollten sie nicht den Arbeitsmarkt und die Harmonie, noch beeinträchtigten sie den Frieden der ganzen Veranstaltung. Uns war gewis: die Interessenamalgam zwischen Kapital und Arbeit war hier wiederum gesetzt und auf neue feierlich verklärt worden.

Krieg beim Stahlkrust.

Die weingefüllte Atmosphäre des Verbrüderungsfestes hatte sich noch nicht ganz verklärt, als die leitenden Unionssmannen nach Witterung mussten, um zu erfahren, daß die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit außerhalb des Stahlbetriebs ganz anders, nämlich mit Brutalitäten, Hungerspeisung und Massregelung betätigt werde gerade von solchen, mit denen man sie erst kurz vorher befreit und betrunkn hatte. Man sah, daß eine Krise in der Sache der Arbeit entstanden sei, baf der Stahlkrust der Arbeit den Krieg erklärt habe. „Dieser Billion-Dollar-Trutz hat vom jedem seiner Angestellten 600 Dollars pro Jahr absoziert“, während „der Verdienst von Tausenden seiner Angestellten, die elf Stunden pro Tag schaffen, weniger als 500 Dollars pro Jahr ist, wenn sie volle Zeit, sieben Tage pro Woche, einschließlich Sonntags und Feiertage arbeiten“. Den Anstoß zu dieser eigenartigen Entbedingung gab die miserable Lage der freiliegenden Eisen-, Stahl- und Weißblecharbeiter. Diese, die einzigen, deren Organisation noch eine Stimme bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen hatte, fanden bei Erneuerung ihrer Vereinbarung am 1. Juli 1909 einen energischen Widerstand beim Stahlkrust. Dieser ließ sich auf Verhandlungen nicht mehr ein und erklärte die „offene Werkstatt“ auf seinen Werken. Diese Maßnahme brachte den Streit der Blecharbeiter. Bis heute ist er ohne Erfolg. Jetzt, nach sechs Monaten, verlangen die Unionssführer die Schaffung eines Streikfonds, Beschleunigung der Organisationen der Stahlarbeiter, Organisation aller in der Stahlindustrie Beschäftigten, sie senden ein Komitee zum Präsidenten der Republik mit der Forderung, „eine gründliche Untersuchung der Legalität, Handlungen und Existenz des Stahlkrusts an der Hand des Geistes vorzunehmen“; und dann wird noch jeder „freiheitsliebende Amerikaner ausgesfordert, diesen großen Kampf für Gerechtigkeit, Recht und Menschlichkeit finanziell und moralisch zu unterstützen“.

Schon ganz gut. Über wer die Zustände in den Eisenstädten im allgemeinen und die Atmosphäre in den Buden des Stahlkrusts aus eigener Ansichtung und durch eigenen Leib kennt, kann über das Refutat der Aktion der Unionssführer sich kaum Zweifeln hingeben. Sie kommen geplagte zwanzig Jahre zu spät. Und durch ihre elende Schmerzerlei mit dem Ausbeuterum ist der proletarische Boden der Eisenindustrie derart verwüstet worden, daß dort eine wirksame Gewerkschaftsbewegung in absehbarer Zeit nicht auskommen kann. Anfangs der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts existierten allenfalls in der amerikanischen Eisenindustrie Gewerkschaften, die fast genug waren, bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen höchstens einzuspielen. Löhne und Arbeitszeit konnten leicht genannt werden. Leider ließen der Kastengeist und die Ignoranz die Erhaltung der Gewerkschaften nicht zu. Vielleicht in der Welt hat die Kar-Gewerkschaften so glänzend Schiffsbrücke geküsst. Was kummerten den Unionssmann die Warnungen der Weitergehenden, was die Einwendungen der Sozialisten, Solidarität aller Ausgebeuteten vor ihm ein unmögliches Wahl, Kloßentwickeln und Massenkampf eine importierte Phrase, vielleicht noch etwa gut im „alten Lande“, wo es nur Unterthanen und Herrscher gibt, aber wo zu wohl gut im „feinsten Land auf Gottes weiter Erde“? Hatte er nicht guten Lohn, kurze Arbeitszeit? Beides nicht der Zugang, wie heißt es in Amerika sei? Hatten nicht die „huns“ und „dagoes“, die nur den bleiernen Teil seines Lohnes hatten, nicht jetzt hier noch mehr, als in der alten Welt? Und war gar noch verlangen, diese zerklüfteten Einwohner, diese zurückgewichenen Räuber zu organisieren, ihnen zu besetzen Wohnen zu beschaffen, vor einer plakate Rachezeit. Darauf hatten noch nicht einmal seine Unionssführer, bekanntlich „die größten Arbeiterschüler der ganzen Welt“, gedacht.

Nicht, daß die Eingewanderten weniger Solidarität und Organisationsfähigkeit gehabt hätten. Bei dem blutigen Ringen der Stahlarbeiter in Homestead haben sie aus weitaus wichtigerer Sympathie ihren viel höher bezahlten Kollegen gewonnen. Und als das mit Bindern beladenen Katzenboot den Monongahela heruntergeschossen kam, waren sie mit unter den, die kleinste Empfangsstation absonderten. Aber wieder doch noch andere Beweise der Solidarität lagen den unschuldigen Yankees verdeckt, in die Hand der freuden Kohlengegossen einzulegen. Ja Gegenteil. Sie wurden weiterhin gehoben, getreter, verschont. Was wollten sie eigentlich in den Stahlarbeiter, in jenen Soldaten? Nur den guten Lohn verdanken sieher hielt er es mit dem

Unternehmer, denn seine Interessen und die seines Arbeitgebers waren identisch. Das wußte er nicht nur von den partikulären Geschäftsmännern, sondern er las es auch fortgesetzt in seinem Gewerkschaftsbüro. Eine solche Ansicht fand des Unternehmers Bestall. In der Heranschaffung von so gehobenem Brennen mußte energisch fortgeschritten werden, dann dadurch, daß er, wie der Stahlkönig Eric sagte: einen guten Arbeitertross.

Mittlerweise wurde der Stahlkrust gegebnert, die große Mehrzahl der Stahlarbeiter unter einem Hut gebracht. Vor dieser neuen, konzentrierten Macht verbannete der Einfluß der Unionen, wie der Massenkörper unter der Kropfsonne. Der Kastengeist und die unionistische Beschränktheit liehen es nicht zu einer analogen Zentralisation der gewerkschaftlichen Güter kommen. So konnte eine Gewerkschaft gegen die andere ausgespielt, der Kampf einer Betriebsgruppe durch die andere erfolglos gemacht werden, um schließlich mit dem Rest nach Übermarkt für alle Seiten zu „setzen“. Jetzt ist nun die letzte Organisation, die der Blecharbeitert, aus den Fabriken des Stahlkrusts gewiesen. Und ein ganzes Heer von Spitzeln und „brüderlichen Freunden“ am Schraubstock und an der Spindelwelle wachen, daß die Verbannen sich nicht wieder festsetzen. Man muß in den Stahlkrustwerken gearbeitet haben, um das Misstrauen und die gegenseitige Bespitzelung und Denunziation in ihrer ganzen Schrecklichkeit würdig zu können.

Die Arbeiter als Profitteilhaber.

Während die leitenden Unionssleute noch Reden für das Verbrüderungsbankett entwarfen, mit dem Stahlkrustdirektor die Interessengemeinschaft betätigten, noch ihre Gedanken über die Lage der Blecharbeiter gernlich sortierten, handelte der Trust Zielbewußt, durchgreifend, erfolgreich. Seinen Arbeitern schenkte er kurz vor Weihnachten eine Million, nicht in bar, behielt, sondern in bedrucktem Papier, Aktien genannt. Daneben offerierte er seinen Angestellten noch 25 000 Prioritätsaktien à 124 Dollars. Im Jahre 1903 hatten sich 28 000 Arbeiter durch Annahme von Aktien entzweit. 1903 wurden noch 15 318 Aktien von den Arbeitern gezeichnet. Und sind noch die neuesten 25 000 gezeichnet, woran nicht der geringste Zweifel ist, so sind von der Arbeiterschaft ein halbes Hunderttausend Mann am Stahlkrust als Teilhaber beteiligt. Da durch ist dem Trust ein fleißiger, dem Streit widerstehender Arbeitertross in geworden, und er hat überdies noch seine Aktien in die Höhe getrieben. Das Gewissen, den Proletarier mit einem berartigen Trick zu entmannen, würde in einem anderen Lande mit Höllenglückskeim beantwortet werden. Aber nur die „smartesten“ Arbeiter der Welt konnten in diese kapitalistischen Falle laufen und sich darin festzimmern.

Die Idee, den Arbeiter Aktionär werden zu lassen, ist so uneben nicht. Der Unternehmer fakturiert: sind die Arbeiter Aktiönaire, werden sie sich mit einer Hand ausschließen, mit der anderen sich Dividenden ausschlagen; als solche sind sie für lange Arbeitsstunden, niedrige Löhne und Vernichter der Störer des geschäftlichen Friedens; sie werden Dividende anzuhören wünschen. Damit dies ungefähr vor sich gehen kann, werden sie den Gewerkschaftsmann davor treiben. Kurz: als Aktionär wird der Arbeiter sich selbst und die anderen Arbeiter ausschließen, gegen eine Verstärkung der Ausbeutung nichts einzuwenden haben, auch nicht gegen Erhöhung der Preise und Ausraubung des Volkes; er wird die Einberufung der Arbeiterschüler und die Einberufung der Armee begrüßen und jedes Mittel gegen die Gewerkschaften anwenden und feiern. Und dies alles für ein paar Marzipäide pro Jahr.

Hätten die amerikanischen Arbeiter auch nur den hundertsten Teil der ihnen angeblichen smartness, so hätten sie die Besitzidee des Anteilhabersystems erlernen müssen. Und die Unionsschüler? Sie hätten, als der Kasten zum erstenmal gelbt wurde, mit aller Energie die Arbeiter über die Gefahr aufzulernen müssen. Über selbst wenn sie die nötige Weitblick gehabt hätten, hätten sie keine Hand gereget, denn das Spiel liegt durchaus in der Linie der unionistischen Weltanschauung. Hatten Sie nicht vor jeher bis auf den heutigen Tag Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit mit jellerer Begeisterung versucht? Deshalb kommen sie logischerweise nicht nur nichts gegen praktische Verstärkung ihrer eigenen Grundsätze einwenden, sondern sie wären gewißermaßen verpflichtet gewesen, sie noch zu fördern.

Denn man sieht die Schattre des amerikanischen Unionismus und die Glühe über das System der Gewinnverteilung des Stahlkrusts hört, so ist es schwer, keine Salve zu feuern, wie es auch seine Schierigkeit hat, kein Spottisch zu dirigieren. Der Stahlkrust sieht der Entwicklung der Dinge gewissermaßen zu. Durch Schaffung von fürsäugend Arbeitserziehung ist er einem Angiff gewachsen. Diese höhere Position hätte er sich ohne die unionistische Beschränktheit nicht jagen können. Mit dem Evangelium der Harmonie wüßte er die leitende Unionssenschaft ans, mit der Kunde von

der Vernichtung ihrer Hosen lädt sie herein. Die Arbeit ihres Lebens war ein langer Windmühlenkampf.

Würde durch die Niederlagen der Stahlkrustunionen der Unionswagen endlich aus dem Kreislauf der Harmoniebuselei heraus auf den sozialen Boden des bewirkten Massenkampfes gebracht, wobei doch der Preis wäre nicht zu hoch gewesen.

Chagrin.

„Du“ — Beleidigung? „Agent“ — Ehroverlehung?

Die meisten unserer lieben Streitbrecher haben ein äußerst dieses Geh. Ohne das geht es auch nicht. Ihre Dickfertigkeit ist ein wesentlicher Teil ihres Selbst. Einen Streitbrecher zu beleidigen, ist ein Kunststück, das nicht jeder fertig bringt. Es gehört so viel dazu, daß wir unseren Kollegen, die nur gerade gezwungen sind, sich mit Streitbrechern zu beschäftigen, zum Beispiel beim Streitpostenstechen, auf das entschieden abräumen müssen, Streitbrecher zu beleidigen. Erstens kann man es nicht, zweitens sind sie es nicht wert, drittens empfinden sie es gar nicht.

Sich beleidigt zu fühlen hat zur Voraussetzung, daß der Beleidigte über bestimmte Ehre begriffe verfügt und sich des Beleidigten gewisser moralischer Qualitäten erfreut. Ehre ist ja freilich nur ein relativ Begriff. Der Agrarjunker zum Beispiel sieht seine Ehre darin, die Lebensmittel möglichst zu verteuern, der gewissenhafte Volkswirt will das Gegenteil. Es ist auch denkbar, daß Angehörige in gleicher sozialer Stellung in ihren Ehrebegriffen sich gegenseitig übersehen. Zum Beispiel kann ein kommandierender General im Mander feine Ehre daran setzen, wenn sein Gegner ein Prinz oder sonstiger „hoher Herr“ ist, sich von ihm unter allen Umständen bestehen zu lassen. Ein anderer General in der gleichen Lage wird sich durch die Person seines Gegners — der unter Umständen vom Kriegsführer so viel versteht, wie die Käse von der chinesischen Sprache — gar nicht beeinflussen lassen, sondern er handelt, der Situation entsprechend, nach strategischen Grundsätzen und besiegt seinen „hohen“ Gegner. Dieser Beispiele könnte man viele anführen.

Eines dürfte aber allen diesen, sich im Ehrebegriff trennenden Personen gemeinsam sein, sofern sie Anspruch auf anständige Gesinnung erheben, daß es unstädtisch und unmoralisch ist, Perrat zu üben. Ich will weißerzig sein; will all den Streitbrechern, die Leidet durch Not und Arbeitslosigkeit oder durch Rückständigkeit und Unkenntnis des Bestrebens der organisierten Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu Streitbrechern werden, mildernde Umstände zubilligen. (NB. Es soll dieses Urteilständnis nicht in infinitum gelten.) Aber die, die berufsmäßig und systematisch Streitbrecher über, die Schämen des wirtschaftlichen Kampffeldes, die von Ort zu Ort ziehen, um nur dort zu arbeiten, wo andere Arbeiter im Streit stehen, diese Personen haben keine Ehre, keinen Charakter, keine Moral!

Es sind das die Mitglieder der berüchtigten Fertigfabrikation. Wir stehen mit dieser unserer Auffassung nicht allein da. Nur eine Kundgebung sei hier übergegeben. Der Vorstand des Gewerbegerichts in Hannover, Gerichtsassessor Dr. Warmbold, charakterisierte die Streitbrecher wie folgt: „Streitbrecher seien, wie dem Gericht bekannt sei, mittleren moralisch minderwertige Menschen, die nach dem Streit wieder verschwinden und auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielen.“ In dieser Kennzeichnung wird auch nichts geändert, daß Dr. Warmbold, nachdem die Hannoverschen Fertigfabrikanten darüber öffentlich erbosten, seine Anerkennung dahin interpretierte, daß er damit „notorische Streitbrecher, Leute, die sogar agitatorisch austreten und Arbeiter versöhnen, ihren Kollegen beim Lohnkampf in den Rücken zu fallen“, gemeint habe.

Diese „Arbeitswillige“ wissen es auch, wie man sie einschlägt und instinktiv unterlassen sie es fast stets, persönlich Klage zu erheben. Wo immer Klagen wegen Beleidigung oder Beleidigung von Streitbrechern oder Vergleichen gegen § 163 der Gewerbeordnung erhoben werden, da geschieht es in 99 von 100 Fällen auf Veranlassung der Polizei oder des bestreiten Unternehmers.

Doch über „Arbeitswillige“ mitunter eine mimosenhafte Empfindlichkeit haben können — ancheinend wenigstens —, das ergab eine Verhandlung am 12. Januar vor dem Schöffengericht in Orléans. Angeklagt waren die former Winkler, Dilopp und Frings. Winkler sollte am 24. August vorigen Jahres den arbeitswilligen former Hermann Lohenkampf, geboren am 29. April 1880 (zu Dortmund ??) dadurch beleidigt haben, daß er ihn mit Dr. angerufen hatte. Dilopp soll sogar zu Lohenkampf: „Du verdammter Kerl“ gesagt haben. Frings wurde zur Last gelegt, daß er, auch am 24. August, in bezug auf den Techniker Fr. Evertzale gesagt haben soll: „Da kommt der Agent, der Fechter von Gelsenkirchen holen soll!“

Die Klage — keine Privatbeleidigung —, sondern öffentliche Klage! — hat den Streit der former auf dem

forderlich. Die größte Fahrgeschwindigkeit ist etwa 25 Kilometer pro Stunde, der Stromverbrauch bei einer Fahrgeschwindigkeit von 15 Kilometer für Fahr- und Fahrtstrommotoren zusammen etwa 1,5 Kilowatt pro Kilometer, der Wasserverbrauch je nach Witterung 0 bis 0,6 Kubikmeter pro Kilometer, die Leistung an aufgenommener Schmutzwasser bis 0,5 Kubikmeter pro Kilometer, und der Vertrag der Unterhaltsaufgaben des maschinellen Teiles, Erneuerung der Kraftstoffs, Schmierung u. s. w. etwa 5 % pro Kilometer. Die mittlere Tagesleistung des Wagens ist 70 Kilometer Reinigungsarbeit. Die Saugwirkung der Saugkunst ist eine so gründliche, daß Schmutzoberfläche und Millen vollkommen von allem Schmutz befreit werden. Der Wagen ist zum Patent angemeldet worden.

Es sind bereits verschiedene Vorschläge zum Verzinnen und Verkleiden gemacht worden, die bezeichnen, auf die zu überziehenden Gegenstände das betreffende Metall aufzutrennen und dann wiederzuschmelzen. Ein solcher Vorschlag ging dahin, einen dünnen Überzug herzustellen, indem man durch Schlitteln geförtert Zinn anmacht und mit einem Pinself anträgt, worauf der Gegenstand bis zum Schmelzen des Zinnes erhitzt und das überschüssige Zinn mit Berg weggenommen wird. Ein weiterer Vorschlag ging dahin, eine Paste aus staubförmigem Metall, Desoxydationsmittel und einer Flüssigkeit, deren Siedepunkt über dem Schmelzpunkt des betreffenden Metalls liegt (zum Beispiel Glycerin, anderen hochsiedenden Alkoholdölen u. c.) herzustellen, die aufzutrennen und dann wiederzuschmelzen. Mit dem erstmals genannten Verfahren ist es nicht möglich, eine austrocknende Flüssigkeit (Glycerin u. s. w.) verbindet. Die Folge davon ist, daß das Metall nicht an der Fläche haften, so daß also die Metallstückchen von geeigneten Flächen abfallen würden. Es können demnach hier nur solche Gegenstände verzinkt werden, bei denen die Wirkung der Schwerkraft auf die Metallteilchen aufgehoben wird.

Bei dem zweiten Verfahren wird der soeben beschriebene Nachteil zwar vermieden, jedoch schwört das Metall, bevor die indifferenten Flüssigkeit (Glycerin u. s. w.) verdunstet. Die Folge davon ist, daß das Metall in dem Überzug schmilzt, bevor der Überzug ausgetrocknet ist, das heißt mit anderen Worten: das geschmolzene Metall zieht von der feuchten Fläche ab. Es können also in diesem Falle keine Flächen überzogen werden, bei denen das Metall der Schwerkraft unterworfen ist. Diese Nachteile sollen vermieden werden, wenn zur Aufzehrung der aus Metallpulver und Desoxydationsmittel bestehenden Flüssigkeit eine Flüssigkeit verwendet wird, deren Siedepunkt

Technische Rundschau.

(Schienengeleiter. — Automatische Schieneneinrichtungen. — Antriebsverzögerung. — Mengenabrechnung. — Füllung des Stoffes in flüssiger Form. — Offene Schiene und Rollenplatte. — Feuerlöschung. — Schmelzofen mit Feuerlego. — Feuerzeuger mit Feuerlo)

Die gräßigste Lagerung der geforderten Kohle ist eine Sache, der die gesetzte Industrie jetzt längst die größte Bedeutung schenkt. Beinahe gute Ergebnisse sind dadurch gezeigt worden, daß man die Kohle unter Wasser legte. Die ersten Versuche in großen mit beweglichen Unterwasserlagerungen wurden in Amerika gemacht und ergaben die deutlich günstigere Resultante. Die an der offenen Luft Lagerungen Kohlen wurden unter dem Einfluß des Feuerloßes der Luft einen gewissen Verbrennungsprozess durch, der ziemlich starke Verluste am Feuerloß verursacht. Diese Verluste bringen bei längerer Lagerung in tiefen Gegenden jährlich 10 Prozent, während in hohen tropischen Ländern die Einbuße des Feuerloßes bis zu 25 Prozent beträgt. Bei den gewöhnlichen Kohlenzügen, die auf den Stahlplatten der Bergwerke, Eisenbahnen, Elektroanlagen u. s. m. legen, bedeutet diese Schwundung der Kohle einen gewissen wirtschaftlichen Verlust, dessen Beurteilung eine jährliche Summe in irgendwelchen Städten leicht erledigt werden kann. Die technischen Fortschritte haben zum Bau von Kohlenzügen geführt, in denen nicht mehr minderwertige Kohle über die Kohlenzüge gelegt werden, sondern die Kohlenzüge sind so aufgebaut, daß sie unter Wasser liegen. Diese Verhinderung der Verbrennung der Kohle unter Wasser ist eine sehr gute Erfahrung, die man jetzt in Amerika machen kann. Die Ergebnisse sind sehr gut, und es ist zu hoffen, daß sie bald in Europa eingeführt werden. Die Ergebnisse sind sehr gut, und es ist zu hoffen, daß sie bald in Europa eingeführt werden.

Wesen- und Stahlwerk Orlitz als Ursache. Gewerkschaft war offiziell bemüht, für die Witwe und Kinder auch in ihrem Auftrag, arbeitswillige Forme anzubringen. Lohensampf war mit einer der ersten Arbeitswillingen, die auf dem Werk angefangen hatten. Einige Tage bevor es zu arbeiten anging, hatte es dem Orlapp, der ihn von früher her kannte, überprochen, auf dem Stahlwerk nicht so tief in Arbeit zu treten. Bei dieser Gelegenheit hatte er sich von den Streikenden mit Vier traktieren lassen. Dass Orlapp, als er sah, dass nach einigen Tagen Lohensampf bei den gegebenen Versprechen entgegen doch zu arbeiten angefangen hatte, empört war, ist bestmöglich, dass er bezug auf Lohensampf „Du verdammter Teufel“ rief, zum mindesten entschuldbar. Lohensampf kann sich aber zweier über Orlapp's Aufruhr wie über Winklers „Du beleidigt gefühlst haben, denn er macht weder Strafanzeige, noch strengte er Verfolklage an. Es wäre auch zu lächerlich gewesen, mindestens Winkler gegenüber. Von den circa 60 000 Formern Deutschlands dürfte es wohl Seiten geben, bei einem Berufskollegen, wenn er weiß, dass er mit einem solchen spricht, ihn mit Feind ansehet. Im Formerbund hat das „Du“ allgemeine Bekämpfung. Über auch der Techniker Neuerstaat legt sich und hält sich durch die Neuerzung Frings nicht beleidigt gefühlt. Neuerstaat hat nicht nur Forme, sondern arbeitswillige Forme, das heißt Streikbrecher, für das Stahlwerk besorgt. Die Konstatierung dieser Tatzeche in durchaus einwandfreien Wörtern kann niemals eine Beleidigung für einen Unbestellten des Werkes sein.

Wicht Wochen vergingen, ohne daß Feuerthal und Hohenkamp sich der für sie angeblich so fränkenden Bedeutung der Worte bewußt wurden. Am 21. Oktober aber kam ihnen über Nacht diese außerordentliche Feinschönigkeit. Nam daß nur so vom ungefähr oder spielerisch da andere Kräfte mit? Wir glauben, letzteres nachzupassen zu können.

Am 17. Oktober wurde der auf Streikosten stehende Kollege Weeler hinterläßt von zwei "Arbeitswilligen" angefallen, mit einem Knüppel geschlagen und mit einem boshaftigen Gegenstand, einer Färmerrusse, niedergestochen. Dieser Vorgang und der gerichtliche Austrag ist in den Nummern 45/1909 und 1/1910 der Metallarbeiter-Zeitung geschildert worden. Die Polizei verhaftete noch am gleichen Tage diese beiden Mössics. Sonderbarweise wurden sie am folgenden Tage auf Anordnung des Würtermasters aus der Haft entlassen. Am 21. Oktober stellten nun die Herren Feuerstale und Henkamp Strafantrag. Maßnahmen! Die Sache ist denn doch zu dringlich. Man wollte vorbeugen. Man wußte, daß eine Preiseverhandlung am 22. Oktober stattfand, und daß Stahlwerke, das die Kolledies beherbergte, hatte ein Interesse daran, den Nachweis zu erbringen, daß nicht nur die "Arbeitswilligen", sondern auch die Streikenden Ausschreitungen begangen hätten. Da nun die Streikenden sich keinerlei Mortaten hatten zuschulden kommen lassen, stand oder er stand man die ehrenstänkenden Beleidigungen durch die drei streikenden Formen. Ob es denn dem Herrn Feuerstale nicht einmal gedämmt hat, was, wenn die Konstatierung seines Handelns eine Beleidigung sei, dann seine Handlung sei es ist? Hatte ich meine Handlungen für nicht anständig, so kann der Vorhalt meiner Handlungen nicht beleidigend sein. Umgekehrt: Hatte ich den Vorhalt für beleidigend, so dessartiere ich meine Handlungen für anständig. Wer für einen Pfennig Vogel hat, muß das zugeben.

Und Lohenkamp? Dieser Mensch fühlt sich, nachdem er sein Mannesport eben erst gebrochen hat, durch die Unzade mit Du befriedigt. Dieser Lohenkamp hat doch sonst ein ganz robustes Gewissen. Wenigstens haben seine ehemaligen Logistriete in Mannheim und St. Annen von seiner hochgeschätzten Sensibilität nichts wahrgenommen. Was sie wahrgenommen haben, das war eine falsche Ergebnißlichkeit des Lohenkamp.

W e i t b e g e n war die Empfindlichkeit dieser Herren - eingekapselt, wie die Muster in ihrer Schale. Erst der hinterlistige Dolchstoß des Streitbrechers vom Stahlwerk in den Rücken des Kollegen B e d e z brach die Schale und nun sollte die gekrönte Unschuld vom Gericht verprüft werden, damit von den Strahlen her, wenn nicht chemisch, so aber gerichtlich gereinigten Unschuld eines Sohnenkämpf ein Abglanz auf die im Stahlwerk einslogierten „Arbeitswilligen“ abfiel.

Aber es kam anders. Dem Amtsgericht und dem Gericht war es denn doch zu dümm, in dem „D u“ des W inke r und dem „M a g e n t e n“ des F r i n g s eine Beleidigung zu erkennen. Der Amtsgericht beantragte und das Gericht erkannte auf F r e i-
s p r e c h u n g. Auch dem D i k o p p wurde das „D u“ erlassen,
aber für den „b e r d a m m t e n K e r l“ musste er 15 M bleichen.
Resultat: Vohenkamp ist kein „verdammter Kerl“, aber — was
anderes.

Schon seit längst waren die „Geschäftsfrauen“ und „Befehlshabenden“ erledigt. Man muß sich jedoch fragen: wie war es möglich, daß die Staatsanwaltschaft Anklage erheben konnte? Nach der Anklage wurde, wenn wir den „verdammten Teufel“ ausschalten, den Angeklagten nur das „Du“ und der „Agent“ zur Last gelegt. Es kann, juristisch genommen, den Fall geben, wo die Anrede mit Du als

unter dem Schmelzpunkt des betreffenden Metalls liegt, zum Beispiel Wasser, Spiritus u. s. w. Wenn Niederschmelzen dieser ungestützten Masse trocknet zunächst der Anstrich und dann schmilzt das Metall, so daß also das geschmolzene Metall an der trockenen Fläche hängt und an dieser fest schmilzt. Die so angemachte Masse gestattet demnach das Überziehen jeder beliebig gelegenen Fläche, also auch das Überziehen von Körnern, bei welchen der Überzug der Einwirkung der Schwerfest ausgesetzt ist. —

Die Gleise unserer Straßenbahnen werden bekanntlich unver-
ordentlich rasch abgenutzt; auf Strecken mit starkem Verkehr kommt
es vor, daß in engen Kurven die Außenränder, die durch den seit-
lichen Raddruck besonders stark beansprucht werden, schon nach
2 bis 3 Monaten durch neue ersetzt werden müssen. Ein den hohen
Beanspruchungen besser gewachsenes Schienensmaterial hat man im
Nickelstahl gefunden. Mit dem man besonders in Umgang — auch
für Hauptbahnen — gute Erfahrungen gemacht hat. Nickelstahl-
schienen sollen amaiis bis dreimal länger halten als die gewöhnlichen
Schienen. Noch bessere Resultate hat man aber bei der New Yorker
Hochbahn mit Schienen aus Manganstaahl erzielt, deren Lebens-
dauer an besonders stark beanspruchten Gleisstellen die gewöhnlichen
Schienen um ein Vielfaches übertroffen haben soll, so daß der aller-
dings noch sehr hohe Preis der Manganiastahlschienen sich durch die
lange Lebensdauer vollkommen rechtfertigen würde. Der zu diesen
Schienen verwandte Manganstaahl — von 8 bis 11 Prozent Mangan-
gehalt — zeichnet sich durch eine sehr hohe Bruchfestigkeit — von 40
bis 80 Kilogramm pro Quadratmillimeter bei 20 bis 30 Prozent
Dehnung —, besonders aber durch eine große Widerstandsfähigkeit
gegen Verschleiß durch Reibung und Gleiten aus, welche letztere
Eigenschaft ihn besonders für Gleiszwecke sehr geeignet macht. Die
bisher verwendeten Manganiastahlschienen waren gegossen, da sich
dem Walzen dieses Stahles noch eine Reihe von Schwierigkeiten
entgegenstellten. Wenn aber bis zurzeit unternommenen Versuche,
die Manganiastahlschienen zu walzen, günstige Resultate ergeben, so
küste der Manganiastahl demnächst als Eisenbahn-Überbaumaterial
für stark befahrene Strecken, Kurven, Weichen u. s. w. noch eine große
Rolle spielen. Auch mit Eisenbahnräder sind schon gute Resultate

erzielt. — Es ist fast selbstverständlich, daß die außerordentlichen Mittel zur Erzeugung hoher oder, wie man richtiger sagen müßte, tiefer Stützgrade, auch dazu benutzt worden sind, das Verfahren von

Weltbildung entgegenstehen lassen. Sie kann aber die Staats-
sozialistin so wahrnehmend, daß sie die bestehenden Umstände und
auch ihre Willen ganz überblickt und sie nur in Widersprüchen be-
wegt? Wo in aller Welt liegt ein offensichtliches Interesse vor,
wenn ein Weiblicher einen andern — selbst im Besitzdienste selbst —
mit Du ansieht?

Darauf hatte Münster die Ehren, daß auf einen Schloßer Franklus zu berufen, der das Buch empfängt gegen Brüngel zertrümmert haben sollte. Und tatsächlich mußte dieser Franklus, wohl präpariert von seinem Herrn und Meister Münster, absolut wider besseres Wissen, Brüngel vor der Versammlung ins Gesicht zu sagen, daß er sein Mitgliedsbuch zertrümmert habe! Dieses jedoch anständigen Menschen soll unfehlbare Augenwabende Kraft erst zusammengestellt haben, daß der Franklus noch niemals im Deutschen Metallarbeiter-Verband war, sondern bei „*Weltliche*“ angehört. Was vorher mit dem Franklus angestellt wurde, bevor er sich zu diesem Schurkenstück gebrauchen ließ, daß kann man ohne Schwierigkeit spezieren.

wie Weiters die Arbeiter proportionate, wie er zu seinen Bevölkerungsbereichsstreichen missbrauchen wollte, das konnte man von den durch ihn per Schuldsschein neubeschafften Schwalm und v. Glinstel erfahren. Diesen beiden schenkte er sein besonderes Vertrauen. Vielleicht, weil er ihnen ehrliche besondere Danziger Eigenschaften weniger empfehlenswerte Art in besonders hohem Maße zutraute. Um die „entzückte Arbeiterschaft“ gegen Frülingel zu konstruieren, bewaffnete er die Weibchen sogar mit schriftlichen Gebrauchsanzweisungen, nach denen sie an bestimmten Stellen Frülingel niederschreiten und ihm selbst Weisall zollen sollten. Außerdem ging schon längere Zeit die Sage, daß sich seine Intimität mit diesen beiden Schuldsscheinkräften nicht nur auf solche verhältnismäßige Harmlosigkeiten erstreckte. Sehr hartnäckig erhießt sie sogar das Gericht, daß Münster und außer ihm noch der Bismarcksagittor und Stadtverordnete Alawitter mit den beiden Vertretern in besonderen Konventionen über — sehr milde ausgedrückt — Terrorismusangelegenheiten konfektet. Schließlich erwies sich die Schuldsscheinprese doch nicht als der wirkamste „christliche“ Mitt. Wie so mancher andere verließen nach Beendigung des Streits auch Schwalm und Glinstel den Münster. Sie meldeten sich zwar Uebertritt beim Deutschen Metallarbeiter-Verband, ohne aber die Mitgliedschaft durch Beitragszahlung zu erwerben.

Es folgten dann recht bald gegen mehrere am Streik Beteiligte die üblichen Anklagen aus § 152 der Gewerbeordnung. Schließlich hatten sich der christlich organisierte Arbeiter U r m a n n s l i , die ehemaligen Christen S ch w a l m und v. G l i n s l i und die freiorganisierten Klempner B r o k s l i und S h u l z deshalb gerichtlich zu verantworten. Sie sollten die „Arbeitswilligen“ O r b o w s t , F u r z e i d und F r i s c h e beleidigt und geschlagen haben. Mit angeklagt war unser Sektionsleiter, der Klempner Kollege S ch r ö d e r , der als Streikleiter fungiert hatte. Ihm wurde vorgetragen, daß er Glinsli, Urmansli und Schwalm, also ausgerechnet nur die mehr oder weniger „christlichen“, durch Geld und Plätzchen auf sein Unbehagen zu Bedrohungen und Tätschleiten veranlaßt habe. Bezuglich unseres Kollegen S ch u l z wußte weder einer der vernommenen Zeugen noch der Staatsanwalt auch nur irgend etwas von einer Verletzung vorzubringen. Wie er auf die Anklagebairk gekommen war, blieb ein Geheimnis. Die Angeklagten B r o k s l i , U r m a n n s l i und S ch w a l m wurden durch die als Zeugen auftretenden „Arbeitswilligen“ mehr oder minder belostet. Besonders auffällig war nun, allerdings nur für Uneingeweihte, die Art, in der sich die drei Angeklagten der „christlichen“ Seite zu verteidigen suchten. S ch w a l m bestritt, geschlagen oder beleidigt zu haben. Dagegen erklärte er: „Wir wurden dazu aufgehetzt von Früngel und Schröder.“ Der „Christ“ U r m a n n s l i erklärte nicht viel anderes: „Schröder hat mir in der Herberge gesagt: Der S. muß kriegen!“ Und S ch w a l m versicherte sogar: „Wenn wir nach Schröder und Früngel geholt hätten, so hätten wir die Menschen totgeschlagen sollen; das wurde mir imd Armansli gesagt!“ Diese Befüruerungen machten schon auf das Gericht gar keinen Eindruck, so sehr zeugten sie von wohlensubjektiven Sprüchen. Diese Behauptungen wurden aber geradezu glänzend durch die eidlichen Zeugnisse dreier Streikleiter widerlegt, die mit aller Eindringlichkeit beurtheilt, daß S ch r ö d e r und F r ü n g e l bei jeder Gelegenheit und immer wieder zu nur friedlicher Verständigung mit den „Arbeitswilligen“ rieten und vor Ausschreitungen z. B. nachdrücklichste warnten.

Dann folgte der pragmatische Mittelpunkt des Prozesses. Erst in diesem schillerte als Zeuge unter seinem Eide die Situation des Streits und die stets zum Frieden mahnende Tätigkeit des stets ruhigen und besonnenen Schröder. Darauf ersuchte ihn der Rechtsanwalt Stoschewski, der Verteidiger unserer Verbandsmitglieder, um Auskunft darüber, wie er es sich erkläre, daß die "christlichen" trotz der vorliegenden gegenseitigen beschworenen Bekundungen einhandsfreier Zeugen behaupten könnten, daß sie von Schröder und von ihm (Früngel) ausgehegt wäten? Früngel entstieß darauf folgende Antwort: "Schwalm und v. Glinski kamen während oder gleich nach dem Streit zu mir ins Bureau und erklärten mir in Gegenwart von Zeugen: Sie seien von Minter und dem Stadtberordneten Arbeiterschreiber gewesen in einem Büro geladen worden. Dort seien sie von diesen beiden nach allen Richtungen ausgefragt worden, ob nicht Schröder auf sie eingewirkt habe. Man wollte sie auch dazu bewegen, mich zu beschuldigen. Sie wollten aber trocken erklärt haben, daß Schröder und Früngel sie nicht zu Ungeschicklichkeiten veranlaßt hätten. Für mich ist es nicht ausgeschlossen, daß die Leute von jener Seite beeinflußt sind."

Proben entnehmen, was besonders bei empfindlichen Gegenständen wichtig ist. Man kann die Gegenstände noch Bedarf trocken oder nass bearbeiten. Zum Scheuern benutzt man eine gußeisernen Gloste, die eventuell noch mit Längsrippen versehen werden kann, beißt Polieren Holzfässer mit gut schlüssigendem Deckel, damit die Flüssigkeit nicht herausläuft oder kein Staub entweichen kann.

Erst der immer mehr erfolgenden Einführung von Zentriermaschinen kommt es doch nicht selten vor, daß auf Werkstücken die Mittelpunkte mit der Hand angezeichnet werden müssen. In solchen Fällen kann der Zentrierstab von H. Hommel, G. m. b. H. in Mainz, gute Dienste leisten. Er ist geformt wie ein gewöhnlicher Zettel, trägt jedoch zwischen beiden Schenkeln eine starke Heißnadel, die durch eine mittels beweglichen Verbindungsstücke an den Schenkeln befestigte Führung stets genau in der Mitte zwischen den Spalten der Zettel gehalten wird. Die Heißnadel kann auf und nieder bewegt und mittels einer Druckschwinge festgestellt werden. Das Werkzeug kann nicht nur zum Vorzeichnen von Mittelpunkten, sondern auch zum Zeichnen von ganzen Mittellinien, bei gewissen Arbeiten auch

Eine Reitstockspitze mit Kugellager dürfte manchem Metall-
drücker willkommen sein, weil es mit deren Hilfe möglich ist, das
Werkstück fest gegenzupassen und die Drückbank trotzdem leicht läuft.
Die Spitze enthält ferner einen Zettlastering, wodurch es möglich
wird, daß die Spitze nur einmal im Monat geschmiert zu werden
braucht. Sie wird vom Fabrikanten August Kotouz in Burgau i. S.,
Marienstraße 27, eine Woche zur Probe gegeben. —

Patenchrist Winter! Der Herr hatte es aber fertiggekommen, darüber zu höhnen, als Prüngel nach der Webergabe der Oberformel sich wohlselig gemeldet als religiöses Bezirksschule. Erst eine Weile nach der unüberlegten Verhandlung der von ihm und seinem Kundenbruder **Klauwitzer** betriebenen Gehaltsinquisition beschwerte Winter die Stern, mit unglaublicher Frechheit **Autsch** all' "älteren": "Dem Verlossen mich man helfen; dem Siegner gegenüber hat man die Pflicht zur Wahrheit noch nie anerkannt."

Der Staatsanwalt beantragte ohne jede Begründung die unheimlich harten Strafen von 8 bis 4 Monaten Gefängnis. Nach einer blödinger Beratung sprach das Gericht vor allem die denkbare soziale Verurteilung über Winter und seinen Klauwitzer aus, indem es **Schröder**, obwohl der Staatsanwalt gerade ihm 4 Monate Gefängnis zugesetzt hatte, **sie sprach!** Auf Freispruch wurde auch gegen **Schulz** und **b. Glinzki** erkannt. **Brook** erholt bogegen 4 Wochen Gefängnis, **Schwalm** und **Wermann** jeder 6 Wochen.

So sehr die Verurteilten wegen dieser ungemein harten Strafen zu bedauern sind, so besteht nach dem ganzen Verlauf der Dinge kein Zweifel darüber, daß sie diese nur den "christlichen" Friedensaposteln ganz allein zu verdanken haben. In ihrem sanftmäsigem Hass gegen die ehrtlos kämpfende Arbeiterbewegung haben diese ihre Gedanken solange gelegt, bis ihre eigenen Freunde dadurch am meisten verletzt wurden. Dem "christlichen" Metallarbeiter-Verband gratulieren wir aber zu dem außerordentlichen Schwiegertag, das er in letzter Zeit gehabt hat. Fest hat der gesallene Engel doch einen vollwertigen Verbündeten gefunden. Den törichten Herrn **Klawitter** sieht ja allerdings zu weit vom Schuh, um in diesem schönen Bunde der edle Dritte zu sein. Mit diesem Manne wird sich schon wegen seines öffentlichen Amtes aus Anlaß dieses Prozesses die Danziger Deputierten nicht mehr nähern wollen müssen. Uebrigens sind wir in der Lage, die Urteile, die die beiden Anwälte **Winter** und **Klauwitzer** in der gerichtlich festgestellten Geheimkonferenz mit **Glinzki** und **Schulz** über **Schröder** und **Füllner** äußerten, noch etwas genauer wiederzugeben. Als es ihnen nämlich möglich gelang, von **G.** und **S.** durch die neue Zentrumsfolter die gewünschten Beschuldigungen gegen Frindel und Schröder zu erlangen, äußerte **Winter** unwillig mit Bezug auf **Füllner**: "Aun steht der Schuft doch wieder seinen Mann!" Auf diesen ehest "christlichen" Herzengesetz hin tröstete ihn sein Freund **Klauwitzer** sehr geschickt: "Wir können ihn doch noch trögen, weil er fortwährend mit Schröder zusammen ist."

Wir sind nun doch neugierig, wie lange der "christliche" Metallarbeiter-Verband noch die Verantwortung für diese ehest "christliche" Missionsätigkeit des **Winter** zu übernehmen gedenkt. Deutlicher als es durch diesen Prozeß geschah, kann doch nicht mehr bewiesen werden, daß auf **Winter** Wort für Wort genau dasselbe Urteil zutrifft, das die Badische Gewerbeinspektion notgedrungen gegen den schwarzen Engel aussprechen mußte.

Das Genossenschaftswesen.

[?] Die Genossenschaftsliteratur ist um ein im ganzen treffliches Buch* bereichert worden, das in einer Abhandlung über das Schulze-Delitzsche Genossenschaftswesen grundlegendes Material über die Entwicklung der Genossenschaftsfrage in Deutschland seit ihren ersten Anfängen zusammenträgt. Dr. Richard Fink, der Verfasser, der in genossenschafts-taufmännischer Lehre ein Studiengang mitgemacht hat, will letzter Richtung des Genossenschaftswesens zuliebe oder zuleide geschrieben haben, denn er ist, wie er im Vorwort sagt, "ausgegangen, allein der Wissenschaft zu dienen". Die Frage nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Schulze-Delitzschen Genossenschaftswesens ist ihm Hauptfrage, die er in den vier letzten Kapiteln des 372 Seiten starken Buches in den Standpunkt der Untersuchung rückt. Bei in der heutigen Genossenschaftsbewegung ein Element der wichtigen Wirtschaftsentwicklung erblüht, und sie darum, hauptsächlich als Gewerbeschüler und Poststüler, mit ihr eingehender beschäftigt, wird in dem Werke ein notwendiges Mittsmittel theoretischer Betrachtungsweise von Genossenschaftsfragen und der Ausführung ihrer geschäftlichen Entwicklung erkennen. Zu diesem Punkte bietet das erste Kapitel über "Zeit der Entstehung, Beweggrund und Ziel des Schulze-Delitzschen Genossenschaftsgebäudes" des Interessenten und Wissenswerter sehr viel. Vor allem die für den Wirtschaftspolitiker interessante Tatsache, daß auf dem Gebiet der Gewerbepolitik das vornehmliche Preissenkung entschieden viel liberaler war als das heutige Preissenkung, dessen Namen man nur zu nennen braucht, um den vorgebrachten Reaktionären Wollstiel verteidigt vor sich zu ziehen. Wurde doch auf Grund einer Gesetzesinitiativat von der preußischen Regierung vom 26. Dezember 1808" die Gewerbezeitung durch Edikt vom 2. November 1810 und 7. September 1811 in der damaligen, nach dem Kölner Frieden eng zusammengeführten preußischen Provinz eingeschafft als ein Teil des großen Stein-Hardenbergschen Reformprogramms, das . . . der Wiedereröffnung der produktiven Kräfte des jünger getroffenen Landes galt". Es ist nicht zu glauben, wie liberal und ausgesämt die §§ 34 und 50 jener Zusammensetzung die Entwicklung des Gewerbe- und Wirtschaftslebens der vorrevolutionären Zeit befürchteten — so ganz anders als es heute in einem beliebigen preußischen Regierungserlass geschieht. Man muss das selbst lesen. Zu ganz richtigem Erkenntnis der geschäftlichen Entwicklung zeigt der Verfasser hieran, daß die Erfüllung der Gewerbefreiheit nicht die Wirkung des Riederganges im Handwerk gezeigt hat, und vor allem, daß besonders alle Verträge, die Verzerrungssprozess durch eine Münzgewerbebehörde gegeben im **Steu** angesiedelt, von einer irriktiven Voransetzung bezüglich der mittleren und niedrigen Preisen der halbwirtschaftlichen Erzeugnisse geprägt sind und durch erfolglos bleibende **zu jenseit**. Dr. Fink stellt fest, daß die handwerkliche Produktion des damaligen Preises von der preußischen freiheitlichen Gewerbegegebung und ihrer späteren Einheitsordnung (1849) unbedingt geblieben ist, daß sonst die Geschäftszug . . . lediglich der Anerkennung der produktiven Kraften aus dem Volle heraus folgen kann". Was außerdem die heutige Entwicklung der wirtschaftlichen Erfahrungen dar erweist. Der Verfasser ist jetzt mit den Nationalsozialisten **Röder** und **Werner Sombart** der Meinung, daß weder die vollkommenen Produktionsmittel des Fabrikatels noch die gewaltigen finanziellen Mittelmittel des Kapitalismus die "Irrsägen" des Riederganges im Handwerk auslösen, sondern daß diese "Irrsägen" auf folgen eines die nationale Produktion und Güterversorgung von Staat aus angeforderten Vorganges der veränderten volkswirtschaftlichen Bedarfssättigung zu gestalten sind, die durch das Eindringen des modernen Kapitalismus in unser heutiges Wirtschaftsleben herbeigeführt worden ist.

Dortas steht Dr. Fink auch der Handwerkergenossenschaftsbewegung recht läufig gegenüber, wobei er kritisiert hat, daß trotz des Erfolges der Schulze-Delitzschen Genossenschaftsbewegung im Handwerk dieser Riedergang nicht aufgeholt werden konnte und die Handwerkergenossenschaften im Gegensatz zu den Industriegesellschaften und Bauhüttengenossenschaften bis heute recht dürftige Resultate erzielen. Trotzdem erkennt der Verfasser die "große Blattlinie" und Bedeutung der Schulze-Delitzschen Gewerbegebergungen für das Handwerk an, weil sie in einer ganz und gar recht günstigen Atmosphäre, das heißt zur Zeit des größten Schrecks nach Staatskrise und Inflationsperiode fast auf den Beden der Selbsthilfe zu

* Das Schulze-Delitzsche Genossenschaftswesen und die modernen genossenschaftlichen Entwicklungstendenzen. Von Dr. Richard Fink. Verlag von Gustav Fischer in Jena 1902.

freiem genossenschaftlich Organisierten stellen. Schulze-Delitzs' Wissen, seine Gedanken und Idee stellen sich somit in der Zeit gähnender wirtschaftskrisenhafter Veränderungen des Handwerks als durchaus **sozialistisch** dar. Das Schulze-Delitzsche in theoretischen Unklarheiten über die Lebensfähigkeit des Handwerks bestanden waren, weil man schon durch Soziales Konkurrenz. Dr. Fink sieht dies ebenfalls fest und bestreitet die Konkurrenzmöglichkeit des Handwerks gegen den modernen Großbetrieb, und zwar selbst auf genossenschaftlicher Basis. So absolut wird indes diese Aussage nicht festgehalten werden können, denn zwielos vermögen eine Reihe von Handwerkszweigen auf genossenschaftlicher Basis eine Stärkung ihrer Konkurrenz und damit ihrer Lebensfähigkeit herzustellen, womit übrigens auch Schulze-Delitzs die Vorstellung verstößt, daß es dadurch dem Handwerk möglich sei, "im Großbetrieb produzieren und durch Großhandel die vollkommenste Verteilung der gewerblichen Arbeitsprodukte bewirken zu können". Eine Voraussetzung allerdings, der unsere ganze bisherige wirtschaftliche Entwicklung nicht entsprochen hat und bei der Struktur des Handwerks auch nicht entsprechen konnte. Die Schaffung von Produktivgenossenschaften, die Schulze als "Erneuerung" des Genossenschaftswerks und wohl auch als Grundlage jener Voraussetzung anzusehen mußte, hat versagt. Ihnen blieb das Fell nur auf der Basis des genossenschaftlich organisierten Konsums, der das Geschäftsrisko, einen Teil der Spesen u. s. w. ausschließt.

Die Kapitel 2, 3 und 5 behandeln vornehmlich die organisatorische und technische, vor allem auch die Kreditorganisations- und finanzielle Bedeutung der Schulze-Delitzschen Genossenschaften, wobei auch die Staatskraft durch die sogenannte Preußenklasse in einer interessanten Beleuchtung gerückt wird. Ein besonders wichtiges Kapitel bildet das vierte, in dem der Kampf der Schulze-Delitzschen Genossenschaften und die Zeit ihrer Vorherrschaft bis 1890" geschildert ist. Gleichgültigkeit und Misstrauen der Zeitgenossen, besonders der Handwerker selbst, auch offene Gegnerschaft der Regierungen — mit Ausnahme Württembergs und Hessens — stellten sich der Entwicklung der Genossenschaften entgegen, weil ihr Organisator ein entschiedener Freiheitlicher war. Die Kreditgenossenschaften wurden von den preußischen Konservativen als "Arztklassen der Demokratie" angesprochen und demgemäß von der Regierung behandelt. Wenn sie nicht als Parallele die von den heutigen Mittelstandersettern oftmals kolportierte Behauptung des konservativen Professors und Politikers Sichsel in Höhe o. S. ein, daß die Gelber der Konsumvereine in die Fassen der Sozialdemokratie ziehen? Zur Charakterisierung der damaligen genossenschaftlichen Bewegung möge auch das Diktum des preußischen Herrenhausmitgliedes v. Kleist-Retzow aus dem Jahre 1867 hier Platz finden: "Die Genossenschaften sind eine Organisation eines Staates im Staate unter einem Führer, welcher der Staatsregierung wie der Kirche feindlich gegenübersteht." Wenn man sich also heutzutage über die Bedeutung des Konsumvereins mit gutem Recht aufhält, darf man dieselbe doch nicht als etwas Apelles ansehen, denn Ben Akiba belehrt uns: Alles schon dagewesen. Indessen klären diese Tatsachen doch darüber auf, daß die innere Kraft der Schulze-Delitzschen Organisationen zu jeder Zeit stark geworben war, um sie zu entwickeln und zu behaupten.

Ein größerer Abschnitt ist im 6. Kapitel der m o d e r n e n Konsumvereinsbewegung gewidmet. In durchaus zutreffender Weise ist die Unhaltbarkeit des Zustandes im Allgemeinen (Schulze-Delitzschen) Verband wiedergegeben, wo die Konsumvereinsentwicklung durch die Gegnerschaft der mittelständischen Kreditorganisationen sowie durch den Standpunkt ihrer Leitung, zu gleicher Zeit konsumvereinsfeindliche Kleinhandelsliche Genossenschaftsorganisationen zu schaffen, auf schwere Widerstände stieß. Ihre Trennung vom Allgemeinen Verband, die von der Universität in Greifswald (1902) gewaltsamweise herbeigeführt wurde, war eine Notwendigkeit an sich, die auf den verschiedensten Genossenschaftsstufen in heftigen Kontroversen der Schulze-Delitzschen Partei mit den Männern der "Hamburger Richtung" sich äußerte. Dass hieran der Zentralverband deutscher Konsumvereine fast bildete und dieser in späterer Zeit die Konsumvereinspartie des Allgemeinen Verbands organatorisch, finanziell und wirtschaftlich weit überstieg, ist bestätigt, aber interessant ist die Feststellung des Verfassers, daß durch das Verbleiben etwa 250 Konsumvereine im Allgemeinen Verband (gegen circa 1000 im Zentralverband deutscher Konsumvereine) auch der Dualismus dort verblieben ist, der zu den schweren Kämpfen führte. Den Sprungkoffer zwischen Konsumvereinen und Allgemeinem Verband findet Dr. Fink mit Recht in der Frage des genossenschaftlichen Zusammenhangs der Kleinhandler", sowie in der Frage der Centralisation der Konsumvereine zum Zweck des gemeinsamen Großhandels und der gemeinsamen Eigenproduktion ihrer Waren". Das nimmt in leidlichem Maße zu den mittelständischen Ansprüchen der Leute des Allgemeinen Verbands. Um so postrichter ist es, zu wissen, daß es am heutigen Konsumvereine in ihrer Organisation gibt, die auf dem Gebiet der Eigenproduktion und des Großbezugs heraustritt und die einzelnen Phasen der Entwicklung des modernen Konsumvereinswesens vom Jahre 1890 an im allgemeinen geschildert sind, ebenso wie über auch manche theoretischreiche Bemerkung des Verfassers über die wirtschaftliche Bedeutung des Einflusses in Konsumvereinen für die verschiedenen sozialen Konsumvereinsgruppen sowie über die hieraus resultierende notwendige Struktur der Konsumvereine des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und des Konsumvereinswesens überhaupt. So ist es eine logische Auffassung des Verfassers, wenn er meint:

Das Recht des Konsumvereins entspricht am besten den örtlichen Säjägen des Volles. . . Leute mit größerem Einkommen und besserer Lebenshaltung werden von Sehhabern besserer Kolonialwarenhandlungen dementsprechend bedient, sie sind auf den Beitritt zu einem Konsumverein jedenfalls nicht angewiesen. Die Arbeiter sind mit ihnen fast Geschäft und sehr heruntergebrachte Bedürfnisse, sie nimmt den Detailhändler, den Fleischer, den Bäcker u. s. w. gegenüber nicht jene imponierende Stellung ein. Sie zu kleinen Waren für billigeres Geld, andere verlangen sie auch gar nicht."

Dr. Fink verkennt hier — wie viertigens manche Genossenschafter selbst — die allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung des Konsumvereinswesens vollkommen; denn so sehr es richtig ist, daß der Konsumverein den örtlichen Säjägen des Volles entspricht, ist es nicht minder richtig, daß er den Wirtschaftsinteressen der sozial begrenzten Schichten in noch höherem Maße wirtschaftlich für Vorteile bietet. Ausköpfend für den Nutzen des Konsumvereins ist die **sozialen** der einzelnen Mitglieds. Da man diese bei sozial begrenzten Schichten eine weit stärkere ist, so auch der Nutzen ist dem Konsumverein ein höherer sein, und er ist es auch, wie handelt von Konsumvereinen beweisen, deren Mitgliedschaft den Begriff des Arbeiterkonsumvereins auslöscht. Dennoch entspricht das Wesen des Konsumvereins für sozial und volkswirtschaftlich in mindestens gleichem Maße den Interessen der Leute mit besserem Einkommen, wie denen der örtlichen Schichten, was natürlich nicht ausklängt, doch diese infolge ihrer sozialen Lage direkt auf die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen angewiesen sind, wenn sie Vorteile erzielen wollen. Es steht aber das Wesen der Konsumgenossenschaftlichen Organisation in ihrer allgemeinen volk-

wirtschaftlichen Bedeutung total verloren, wenn man aus dem Wirtschaftsverständnis auf den Beitritt zum Konsumverein keinen höheren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für diese mit besserem Einkommen verneint werden sollte. Ganz abgesehen davon, daß die bürgerliche Konsumkraft jener den Augesatz des Verbands auch für die minderwertigsten Schichten erhöht, da sie in größerer Weise die aus größeren Gewichten bringenden Produkte zu konsumieren vermögen, die Arbeitersammlungen häufig — selber — verschlossen sind.

Aber auch die Aussage, daß die Arbeitersammlungen dem Detektionshändler gegenüber nicht jene "imponierende Stellung" einnehmen, wie der Besserwemittel ist falsch. Was hier dem einzelnen Konsumverein verneint werden sollte, wird durch die Masse eracht und der Kampf der Kleinhandler richtet sich schon längst nicht mehr nur gegen die Beamten in Konsumvereinen, sondern gegen diese überhaupt; es ist auch ein Kampf um die Arbeiterschaft, die in ihrer Gesamtheit durch den Massenkonsument "imponiert" und imponieren kann — wenn sie will. Eine weitere schiere Aussage, die im Zusammenhang mit dem vorerwähnten steht, ist die begriffliche Anwendung des Wortes "Arbeiterkonsument" oder "Arbeitergenossenschaften" auf das Konsumvereinswesen überhaupt. Dieser Struktur kann nicht mit diesem Begriff gedeckt werden, wenn es auch vollständig richtig ist, daß die große Mehrzahl der Konsumvereinsmitglieder aus Arbeitermittgliedern besteht. Über der Zentralverband deutscher Konsumvereine umfaßt eine große Anzahl von Vereinen, deren Mitgliedschaft die Anwendung dieses Begriffes in der ausschließlichen Weise, als ob man es im Konsumvereinswesen lediglich und schlechtweg mit Arbeitergenossenschaften ansehen würde, einschließlich ausschließt. Damit ist auch das Bestehen der vielen Beamtenkonsumvereine vollständig ignoriert. Sie alle, die Konsumvereine mit fast ausschließlich Arbeitermittgliedern, wie die mit einer gemischten Mitgliedschaft und die Beamtenkonsumvereine versorgen und erfüllen den gleichen Wirtschaftsbedarf, ihre Wesens- und Existenzbedingungen sind die gleichen und es ist daher nicht von Dr. Fink, sondern auch von parteiigenossenschaftlichen Genossenschaften wie Fleißner (Vorwärts, Nr. 244 1909) und anderen vollständig falsch, von verschiedenen Konsumvereinsinteressen zu sprechen, die sich etwa im Konsumverein gegenüberstehen müssten. Das direkte Gegenteil ist richtig; sie ergänzen sich. Nicht minder falsch ist die Aussage des Autors, als seien die Arbeitern von den 1890er Jahren ab den Konsumvereinen deshalb stärker zugestromt, weil sie nicht länger auf das "Gintreffen des sozialdemokratischen Zukunftstaates" warten wollten. Dies ist schon aus dem Grunde hinfällig, weil der Beginn des stärkeren Zuwands zeitlich zusammenfällt mit der schwunghaften Entwicklung der Partei, die sich gerade bei den Reichstagssitzungen der 1890er Jahre dokumentierte. Eher könnte man das Gegenteil der Fink'schen Aussage annehmen. Aber beides ist nicht richtig. Richtiger ist wohl, daß durch den Fall des Sozialstengesetzes, das zwölf Jahre lang die wirtschaftlichen (gewerbsähnlichen und genossenschaftlichen) Bewegungstendenzen der Arbeiter unterbunden hatte und die Gewerkschaften politisch absordierte und absorbieren mußte, eine Änderung in diesem Zustand eintrat, die zeitlich beinahe zusammenfiel mit einer Änderung des Genossenschaftsgesetzes, die die beschränkte Haftspätigkeit für die Konsumvereine einschränkte und es dadurch auch dem leichten Arbeiter ermöglichte, ohne besonderes Risiko sich dem Genossenschaftswesen zuwandern. Auch der Aufschwung unserer Gewerkschaften datiert von der Periode der 1890er Jahre an.

Im 7. Kapitel sind die Handwerkergenossenschaften eingehender behandelt, wobei der Verfasser die betreffenden Genossenschaften in unheilbarem "Matozimus" versunken sieht und ihnen wie den Gruppen, denen sie dienen sollen, Existenz- und Lebensfähigkeit glatt abspricht. Es gefiehlt zu apodiktisch, aber man müßt eine neue Abhandlung schreiben, um an Hand von Tat sachen nachzuweisen, daß die Theorie oft allzu "starr" ist. In der Praxis liegen die Dinge häufig anders. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Schulze-Delitzschen Volksbank und ihre Wesensänderung wird im 8. (Schulz-) Kapitel besprochen. Es würde zu weit führen, hier des näheren darauf einzugehen. Festgestellt wird die Wesensänderung durch Umwandlung der Genossenschaften in Aktiengesellschaften, Beteiligung starker finanzieller Kreise u. s. w., während weiterhin als Folgen der Wesensänderung des Unterliegen der Genossenschaft, Schwund des genossenschaftlichen Glanzes und Schwinden der Kreditgenossenschaft bei steigender Kultur überhaupt prognostiziert wird.

Wer sich irgendwie mit Genossenschaftsfragen befaßt, wird in dem Fink'schen Buche eine reiche Quelle der Belehrung und Anregung auf allen Gebieten genossenschaftlicher Organisationsformen und genossenschaftlicher Entwicklungstendenzen finden. Es ist ein Kompendium in seiner Art.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Freiheit zu vermeiden und eine geregelte Beitragssleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 30. Januar der 6. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. Jan. bis 5. Febr. 1910 fällig ist.

Die Verbandsfunktionäre werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß bei Materialbestellungen nur die vom Vorstand herausgegebenen Materialbestellkarten benutzt werden dürfen. Bestellungen sollen möglichst nur von einem dazu bestimmten Mitglied der Verwaltung erfolgen; die Bestellkarten müssen mit Namensunterschrift und Ortsstempel versehen sein.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statutes:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Gera:

Der Metallarbeiter Otto Böhme, geb. am 15. April 1888 zu Magdeburg, Lit. A. Buch-Nr. 477478, wegen Fälschung.

Nicht wieder aufgenommen werden dürfen:

Auf Antrag der Bezirksleitung im 7. Bezirk:

Der Schlosser Heinrich Breil, geb. am 14. Juni 1871 zu Niedermending, Lit. A. Buch-Nr. 329157, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Freising:

Der Schlosser Fritz Steidl, geb. am 11. Juli 1891 zu Petershau, Lit. A. Buch-Nr. 430199, wegen Diebstahl.

Aufforderung zur Rechtsfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtsfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinende Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Dresden:

Der Elektromonteur Severin Schreiber, geb. 2. Februar 1879 zu Freibergsdorf, eingetreten 30. August 1908 zu Dresden. Lit. A. Buch-Nr. 347288, wegen Streitbruch.

Mitgliedern und an den Verband eingetragen sind:

- Buch-Nr. 265718, lautend auf Eduard Müllers, Seimter, geb. am 26. Mai 1864 zu Baden.
 Buch-Nr. 9, lautend auf Franz Müllau, geb. am 14. März 1866 zu Sindelfingen.
 Lit. A. Buch-Nr. 781168, lautend auf Bernhard Müller, geboren 28. November 1878 (Berlin).
 Dänisches Buch Nr. 898, lautend auf Bernhard Müller, geb. am 25. April 1875 zu Münsterhausen. Es besteht die Möglichkeit, daß Mr. seinen Übertritt bewerkt hat. In diesem Falle ist das deutsche Buch einzutragen.

Geschlossen und daher anzuhalten:

- Lit. A. Buch-Nr. 156980, lautend auf Josef Stanowezko, Schloßer, geb. am 4. Sept. 1884 zu Lauterburg (Neumünster).
 Lit. A. Buch-Nr. 175102, lautend auf Karl Knebel, Hufschmied, geb. am 24. April 1888 zu Oldenburg (Oldenb.).
 Lit. A. Buch-Nr. 892772, lautend auf Albrecht Stroh, Schlosser, geb. am 28. Oktober 1887 zu Grabow (Horburg).

Für Schweden gingen beim Vorstand vom 25. Dezember 1909 bis 22. Januar 1910 noch folgende Gelder ein: Von Celle Mt. 28,95; Halle a. S. 382,80; Bayreuth 6,80; Kaiserslautern 100; Lindau 18; Regensburg 45; Reutlingen 88; Schweinfurt 88,10; Weinheim 88,25. Bissher quittiert 297286,68 Mt. Dazu kommen 688,90 Mt. Summa: 297970,58 Mt.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Nähe Straße 16a zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

von Feilenhauern und Schleifern nach Chemnitz, Feilenhauerbetrieb E. C. Schmidts Witwe, D.; nach Christiania (Norwegen) A.; nach Werdau i. Sa. (Firma Fröhlich) D.; von Formern, Eisenfertigerearbeitern und Keramikern nach Cannstatt (Fa. Ahmann & Sloker) D.; nach Genf (Schweiz) D.; nach Gmünd (Ritz & Schreiber) M.; nach Hattingen (Eisenfertigerei und Stahlgiesserei Heinrichshütte) D.; nach Havre (Frankreich, Société Westinghouse) St.; nach Kempten siehe C.; nach Lüneburg (Viktoria-Hütte) D.; nach München Gladbach (Frenzen & Vogel); nach Überlingen a. B. (Fa. Börsch, Nach.) M.

von Goldschlägern nach Dresden; nach Schwabach; von Metallarbeitern aller Branchen nach Bonn (Bonner Maschinenfabrik vormals Mönkemöller & Co.) R.; nach Gräfenthal bei Baden (Waffen- und Maschinenfabrik) A.; nach Königberg i. Pr. (Union, Gießerei, Maschinenfabrik, Kessel- u. Motorenbau) R.; nach Kreisfeld (Krefelder Stahlwerk, Abteil. Walzwerk) D.; nach Niederrhein b. Wiesbaden (Maschinenfabrik Henan) A.; nach Sindelfingen (Firma Dierlammi, Bohrmaschinenfabrik); nach Solingen (Firma Hugo Lindner, Deltawerk) St.; nach Striegau i. Schles. (Altstädte für Wüstenindustrie) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Massregelung; R.: Rückstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betrieb Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle begründigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Künste in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Auskünfte sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abzustempeln zu lassen. Auskünfte über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle, die die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

München. Geraume Zeit ist verflossen, seit wir die Verhältnisse unserer Branche in unserem Organ besprochen und eine Anregung zur Abhaltung einer Berufskonferenz gegeben haben. Die Nürnberger Kollegen, die vor einigen Jahren die Annahme der bekannten Berufskonferenz bewirkt haben, wandten sich nach unserer Anregung an uns und mit ihrer Unterstützung hat sich die Angelegenheit soweit entwickelt, daß ein Antrag auf Gewährung einer Reichskonferenz der Feilenarbeiter beim Hauptvorstand eingereicht werden konnte. Vorher war es allerdings notwendig, obwohl die erwähnte Statistik auf Genüge die unzulänglichen Verhältnisse in unserem Beruf darlegte, eine Umfrage über die Punkte zu veranlassen, die zunächst zur Erhebung und Besserung unserer Berufsverhältnisse auf der Konferenz beprochen werden sollten. Das durch die Umfrage gewonnene Material reicht vollkommen aus, die Notwendigkeit einer Reichskonferenz zu begründen und deren Tagesordnung auszufüllen. Es wäre nur zu wünschen, daß wir endlich eine Reichskonferenz der Feilenarbeiter erreichen. Die große Mehrzahl der Kollegen ist dafür, denn es kommt durch sie entschieden mehr heraus als durch eine Diskussion in unserem Organ. Eine Diskussion wird gewiß anregend wirken, aber nie so greifbare Resultate zeitigen, wie eine Konferenz. — Auch noch einer anderen Richtung schreibt unsere Anregung gewiß zu haben. Das Organ der Meister, Messer und Feile, hat den Artikel vom Oktober 1908 wörtlich, ohne Kommentar, wiedergegeben. Seitdem regen sich auch die Meister, um einen ganz Deutschland umfassenden Verband des Feilenhauergewerbes zu gründen. Wir könnten diese Befreiungen nur begrüßen, obwohl es bei den betreffenden Aufrufen zum Anschluß an den bekannten schwarzgesichtigen Redensarten nicht gefehlt hat, weil wir der Meinung sind, daß die Mißstände in unserem Gewerbe derart vielseitig sind, daß wir zu ihrer Beseitigung die Unterstützung unserer vereinigten Unternehmer gut brauchen könnten. Tatsächlich haben wir Arbeiter unter der Schmelzkonkurrenz der Unternehmer außerordentlich zu leiden. Wir würden ihnen dankbar sein, wenn sie nach dieser Richtung in ihrer Vereinigung etwas Erfreiliches schaffen würden. Zu ihren anderen Befreiungen wollen wir schon heute einige unserer Kenntnisse und Erfahrungen zum Abbau in ihrem Organ Messer und Feile anführen. In unserem Beruf herrscht das Kleingewerbe vor; zur Geschäftsführung wird deshalb in den meisten Betrieben eine volle Arbeitskraft nicht benötigt. Die größte Zahl der Meister muss ihr Geld am Stock oder an der Maschine selbst verdienen. Wenn sie daher zur „Regulierung der Löhne“ scheitern wollen, wie sie in ihrem Programm angekündigt haben, dann sollten sie diesen Umstand nicht vergessen. Denn sonst könnte es kommen, daß die größten Betriebe Ihnen gegenüber noch konkurrenzfähiger würden. Trotz aller Anstrengungen bestimmt schließlich der Aufwand für Arbeitslohn u. s. w. den Preis des Produktes. Ferner möchten die Meister in ihrer Vereinigung endlich einmal bei ihren Fabrikantenkollegen darauf dringen, daß die Feilenkörper aus Gußstahl erzeugt werden. Denn unlauterer Wettbewerb ist es doch, Gußstahl als Gußstahl zu zechen; hauptsächlich das schlechte Material hat die Schwind- und Schweißkonkurrenz, wie wir sie heute haben, geschaffen. Wenn wir

aber die Gründung des Landesverbundes der Feilenhauermeister hoffen, genau antreten, dann wölben wir uns gegen, daß danach eine verhandlige, sozialeliche Verfehlung unserer Gewerbeverhältnisse wenig Aussicht haben dürfte. In Augsburg ist der Sitz des Verbands, von dort kam auch das Statut. Die Unterstüttler der Schwarzwälder von Augsburg haben also die Sache übernommen. Sie wollen sich wohl als Väter des Feilenhauerverbandes von ihren Vorfahren, wie sie ihr Oberkommando nennen, eine gute Führungsnote erwerben. Ueber die Gleis, die sich die Herren — natürlich gegen die Arbeiter — gesetzt haben, führen sie in den Ausführungsbestimmungen, die in der in Süßen erscheinenden „Schrift“ eingeschlossen sind, auf: „Punkt 8. Die Bugehrligkeit eines Arbeiters zu einer beruflichen Organisation darf auch bei Verbandsmitgliedern kein Grund sein, denselben bei sonstigen Zusammensetzungsteilen in eigenen Eigenschaften nicht in Arbeit zu nehmen, sondern jeden nur nach seinem Werle zu behandeln, und sollte mehr darauf gehalten werden, von den einzustellenden Arbeitern Beugnisse über seitherige Leistung und Verhalten einzufordern, um so den Sinn für Ordnung bei Meistern und Gehilfen zu fördern.“ Die Augsburger Herren gestatten uns also gnädigst, unser gesetzliches Recht auszuüben. Aber nur auf dem Papier. In Wirklichkeit haben sie die Organisationsentlasten, bis auf solche, die ganz ausgeschlossen, nicht gut an, denn man hat Staatsarbeit und die Gemeinschaft hat sogar Staatsauftrag erhalten. Deshalb heißt es, den Steuerabzähler und dem Vater Staat eine Nase zu drehen. Man duldet also einige Organisierte, dann ist glücklich bewiesen, daß man niemanden die staatsbürgerschen Rechte fürzt. Weiter auf die Programmpunkte einzugehen, erübrigst sich für diesmal, wir werden uns noch öfter damit beschäftigen müssen. Die Situation ist aber heute so, daß jeder Feilenarbeiter begreifen muß, es sei unablässig für den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu agieren, damit wir jederzeit gerüstet dastehen, wenn die Unternehmer die Programm durchzuführen versuchen.

Graveure und Eiselerne.

Krefeld. In der am 16. Januar abgehaltenen Branchenversammlung der Graveure und Eiselerne referierte Kollege Ziegert (Düsseldorf) über untere Berufsverhältnisse und die Tarifbestrebungen innerhalb unseres Gewerbes. Er führte aus, daß es heute nicht mehr gut möglich sei, als Kleinmeister zu existieren, da das Großkapital alles sofortmöglich herstelle und infolgedessen dadurch alles billiger zu haben sei als es der Kleinmeister herstellen könnte. Es sei deshalb eine Illusion, wenn der Graveur oder Eiselerne glaube, sich später selbstständig machen zu können ohne genügendes Betriebskapital. Der Kleinmeister wäre nur noch ein Helferarbeiter. Er schilderte dann noch verschiedene Unzuträglichkeiten und kam zu dem Schluss, daß nur durch eine gute Organisation, die wir im Deutschen Metallarbeiter-Verband bestehen, dem Machtkessel der Unternehmer entgegengetreten werden können. Übergehend zur Tarifbewegung legte Redner dar, daß die Grundbedingung deshalb eine gute Organisation der Gehilfen und auch der Prinzipale sei. Dann erläuterte er die verschiedenen Punkte, die als Grundlage eines Tarifs zu betrachten seien. Auch in Krefeld wäre es möglich, Tarifverträge abzuschließen. Allerdings müßten dann die Kollegen zum größten Teile organisiert sein, was leider noch nicht der Fall ist. Er forderte die Kollegen auf, unermüdlich für den Verband zu arbeiten, damit auch der lezte Graveur organisiert sei. Auch sollten die Kollegen den Künstlerkunst ablegen und sich mehr als Arbeiter fühlen. Nach diesem forderte Kollege Kuhwald die Kollegen noch zu tätiger Mitarbeit auf. Die in Stuttgart angenommene Resolution, die in Nr. 2 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht wurde, fand einstimmige Annahme.

Hüttenarbeiter.

Hombach. Von Tag zu Tag mehren sich die Klagen der auf dem Hombacher Hüttenwerk beschäftigten Arbeiterschaft. Denn was jetzt auf dem einst als eine der besten Unternehmungen Lothringens angesehenen Werk an der Tagesordnung ist, übersteigt alles bisher Dagewesene. Es ist selten, daß ein Arbeiter imstande ist, zu sagen, welchen Verdienst er am kommenden Jahstag zu erwarten hat, wenn er sich auch so sehr abgeschunden. Vielleicht, daß einzelne Rektoratsschaff und Meister, denen die Lohnfestsetzung obliegt, erhöhte Weisheit ihrer Laune am Tage vor der Lohnzahlung abwarten müssen, um dann erst zu wissen, was jener Arbeiterschaft gewährt werden soll. In vielen Fällen fehlen die festen Stundenlohn, die Lohnfestsetzung erfolgt meistens erst nach Fertigstellung der Arbeiten. Ein Schoppen, der vielleicht nicht recht gemündet, üble Stimmung der „Gnädigen“ eines der Abteilungsleiter oder sonstigen Antreibers — wer kann es wissen, was alles mit schuld, daß der Lohn am Jahitag wiederum um eine Anzahl von Markstücken hinter den Erwartungen zurückgesunken ist. Geradezu schaurisch sind zurzeit die Zustände im Walzwerk, Abteilung Blodstraße, zu nennen. Von zwei Straßen, die eine Gesamtbelegschaft von sechs Mann — eine Schicht — hatten, ist zurzeit eine Strafe wegen größerer Reparaturen und Umbaues festgesetzt. Die durchschnittliche Lohnleistung der beiden Straßen war bisher 600 bis 700 Tonnen. Und nun, nach dem Stillstand der einen Strafe? Die darauf entfallende Bedeutung von drei Mann ist fortwährend vertreten und die eine noch im Betrieb stehende Blockwalze muß mit ihren drei Mann die 600 bis 700 Tonnen täglich zusammenwirken, wie vorher die beiden Straßen! Auf je 100 Tonnen Lohnproduktion wurden bisher pro Mann 96 R bezahlt. Das macht bei den sechs Mann der beiden Straßen und einer Leistung von 700 Tonnen eine Lohnsumme pro Tag von 40,92 R. Schon ist, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein! Nach Stilllegung der einen Blockwalze bekommen die Hombacher Hüttenarbeiter diese tägliche Produktionszahl fast schon um die Hälfte, für 20,16 R. Die Hütte wird ja nicht ermangeln, zu behaupten: angeblich der Sachse, daß die Blöde jetzt auch nicht so weit ausgewalzt würden, sei die Rücksicht für die Leute doch nur eine Lüftbarkeit. Indessen: ein langjähriger und starker Walzer ist bereits ausgerissen, der Mann war nicht imstande, eine derartige gewaltige Schinderei trotz seiner auseinanderliegenden Qualifikation auch nur eine kurze Zeit auszuhalten. Ein großer Teil der anderen Belegschaftsmitarbeiter, vom Walzer bis zum Aufzugsmechaniker und Rollgangführer, sind jedoch widerstandsfähige, genügsame Leute. Es fällt mir, aus der Gegend von Bitsch und Götz, haben sie ihren Kaninchenzucht- und Dampfmühleverbund; soweit sie die Aufzugs tragen durften, sind viele dann noch Mitglied des Kriegervereins und haben da Gelegenheit, von Zeit zu Zeit eine „geistvolle“ Rede des Herrn Kriegervereinsvorsitzenden, Schloß- und Zementwerksdirektors, anzuhören. Ein Teil dieser Leute hat noch wenig Gefühl für das Unförderliche ihrer Lage, sie bleiben von dem Drängen und Kämpfen der übrigen Arbeiterschaft nach Verbesserung ihrer Existenz noch unberührt. Es mangelt ihnen noch viel von dem Verständnis für die Verantwortung gegenüber ihrer Familie, und deshalb würden sie frisch drauflos, es wird von ihnen alles hingenommen, was sich Willkür und Rücksichtslosigkeit gegen sie erlaubt. Weiß noch jung, später sie ja die gefundene Heiterkeit verlieren. Auch legt die Hombacher Hütte zurzeit offensichtlich großen Wert auf die Schaffung und allmäßliche Fortbildung einer Polizei- und Pinkertontruppe, die den im Werk sich etwa bemerkbar machenden Geist der Unbehobigkeits in Schach zu halten hat. Von Zeit zu Zeit sieht man in der bürgerlichen Presse Lothringens, daß bei der Polizeidirektion Metz dieser und jener Schutzmann ausrangiert ist. Das weitere Schicksal dieser Leute liegt der Hombacher Hütte — ganz im Gegensatz zu dem Verhalten zu manchem ihrer Arbeiter — sehr am Herzen. Und so werden diese Männer auf der Hombacher Hütte Feuerwehrleute mit Polizeifunctionen. Und die Adoptierten verstehen es, sich den Ton des Werkes zu sichern. Arbeiter, die eine Pensionskasse tragen, sind vor Dispositionen nicht geschützt. Die Herren Hüttenerunteroffiziere haben immer Verdacht, und es wird noch eine gewisse Weile bestreiten müssen, bis sie sich, die vor langer Zeit in Metz noch am Boulangischen Et standen und aufpaßten, daß am Zeughausstaden die Hochzäune nicht geräumt wurden wie die Sabineinnen im alten Rom, an den Andlic eines

unter der Hütte verborgenen Sandhaufen gewohnt haben. Deswegen, die Truppe wird sich noch und noch einsetzen zur Aufrechterhaltung ihrer Protektionen, und die jüngste Verstärkung der Sandhaufen wegen eines im Hüttenbadegäste liegenden Girokameras wird der großmütige soziale Werk der Hütte den auf beratigen Tagen nicht drosselten. Polizeiern längst verglichen haben. Gines — und das mögen sich die Herren hinter die Ohren schreiben — müssen sie sich unter allen Umständen, und zwar bald, abgemessen: Die vorhandenen Anrempelen und Belästigungen ehrlicher und anständiger Arbeiter und die Drohungen mit Verhaftung im Werk. Wir glauben doch noch nicht, daß die Rombacher Hütte alle Arbeiter gleich einschlägt. Nicht alle, ein großer Teil nicht, sind gesonnen, sich von ehemaligen Unterstüttlern im Staatenbossill behandeln zu lassen. Wenn auch leider noch viele vorhanden sind, die sich die Schimpferelen und Bildungsabschüsse der ehemaligen Budenbäder, Verschollendorfklause u. s. w., die es auf der Rombacher Hütte zum Werk und Antreiber gebracht, ohne Mutter gesellen lassen, so wird auch diese bald klein werden. Es ist nicht immer gut, wenn ein Unternehmen sein Mano in den Qualitäten der oberen Regionen durch mäßliche Brutalisierung nach unten, schlechte Behandlung und noch schlechtere Bezahlung auszugleichen sucht. Obwohl eine neue Prosperitätsepisode anhebt, wird von der Wirtschaft der Werkleitung gesprochen, in einigen Betrieben einen — wenn auch nicht generellen — Lohnabzug vorzunehmen. An der Arbeiterschaft liegt es, durch stete Stärkung der Organisation, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, dafür zu sorgen, daß man nicht nur mit Lohnabzügen zu rechnen hat, sondern daß die erhöhten Missionengewinne, die der Konjunkturaufschwung in der Eisenindustrie wieder abwerfen wird, nicht ausschließlich wieder in die Taschen der Kapitalbesitzer und Prozentenschäpper fallen. Hinzu in den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Niemals ist eine Organisation nötwendiger, als auf der Rombacher Hütte!

Mechaniker.

Hamburg. Die Generalversammlung der Feinmechaniker, Elektriker und der chirurgischen Branche wurde am 8. Januar 1910 in der Marienallee Bierhalle abgehalten. Den Jahresbericht brachte Horrmann. Durch den schlechten Geschäftsgang, den die elektrische Installation im Jahre 1908 zu verzeichnen hatte, hoffte die Kollegenschaft auf bessere Arbeitsgelegenheit im folgenden Jahre, doch blieb diese aus. Eine weitere Verschlechterung der Arbeitsgelegenheit trat dadurch ein, daß durch die geregelten Arbeitsbedingungen, die die Hamburger Elektriker zu verzeichnen haben, angelebte Kollegen von außenher sich genügend einfesteten, die gewöhnt an eine niedrige Bezahlung, auch hier bereit waren, unter dem üblichen Lohn zu arbeiten. Unter dem Druck der schlechten Konjunktur und durch die Heranziehung von billigen Arbeitskräften wurde es den Unternehmern leicht, offen gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Erst nach der Aussperrung im Baugewerbe machte sich eine starke Nachfrage nach Arbeitsträgern heiterbar. Dadurch war es möglich, durch ein geschlossenes Vorgehen der Kollegen der einzelnen Betriebe die volle Herstellung des Tarifs herbeizuführen. Ebenso gelang es der Kollegenschaft, in einer Reihe von Betrieben Erweiterungen des Tarifs zu ihren Gunsten durchzuführen. Durch das große Angebot von auswärtigen Arbeitskräften war es den Unternehmern leicht, den Helfer in einen selbständigen Hilfsmonteur umzuwandeln. So war es auch hier der Aufgabe der Kollegenschaft, diesem Widerstand entgegenzutreten und die Betriebsfeste zu verlangen. Auch hier war das Vorgehen von guten Erfolgen begleitet. Alles in allem hat es sich gezeigt, daß es nur der Einigkeit und des geschlossenen Vorgehens der Kollegenschaft bedurfte, um den Tarif hochzuhalten. In der chirurgischen Branche sind hier am Orte circa 35 Kollegen beschäftigt. Eine unter den Kollegen aufgenommene Lohnstatistik ergab, daß Wochenlöhne von 20 R. bis 44 R. und Monatsgehalte von 115 R. bis 170 R. bezahlt werden. Das Organisationsverhältnis sei ein zufriedenstellendes. Die tägliche Arbeitszeit beträgt in sämtlichen Werkstätten neun Stunden. Die Werkstattverhältnisse sind schlechte. Die Werkstätten befinden sich in der Mehrzahl im Keller, an eine Aenderung dieser Zustände ist vorläufig nicht zu denken, da hierbei mit baulichen Schwierigkeiten gerechnet werden muß. In den feinmechanischen Betrieben gelang es einem Teil der Kollegen, eine Lohnverhöhung zu erringen. Wenn ein Teil der Unternehmer der Kollegenschaft entgegenkamen zeigte, so fühlte sich ein anderer Teil veranlaßt, selbst den bescheidensten Wünschen entgegenzutreten. Redner schilderte an der Hand eines reichhaltigen Materials nun mehr die Mißstände in den verschiedensten Betrieben und beschäftigt sich mit dem Lehrlingsunterschreit in feinmechanischen Berufen. Er wird Gelegenheit nehmen, in nächster Zeit die Lehrlingsfrage gründlich aufzuräumen. Die Sektionsleitung hat eine rege Tätigkeit entfaltet. Es haben stattgefunden: 11 Monatsversammlungen, 1 Versammlung der chirurgischen Branche, 12 Bezirkssammlungen, 12 Delegiertenversammlungen, 3 Sitzungen der Agitationskommission, 6 Sitzungen der Sektionsleitung, 28 über 100 Sitzungen, 163 Werkstattversammlungen. Bergmägungen haben stattgefunden: ein Stiftungsfest und eine Dampfsertour. Zum Schlusse dankte Redner namens der Sektionsleitung allen denen, die mitgeholfen haben zum Besten unserer Organisation. In der nun folgenden Diskussion meinte Kollege B., das Wissen der einzelnen Werkstätten in den Bezirkssammlungen habe nicht so gelappt. Es müsse mehr getan werden. Die Kollegen befürchten die Werkstattversammlungen nicht zahlreich und häufig genug. Den Betriebsleuten stelle er anheim, mehr Agitationskommissionsversammlungen stattfinden zu lassen. Beim zweiten Punkt: Wahl der Vertreter aus, setzte eine recht lebhafte Diskussion ein. Ein Teil der Redner war dafür, die alte Sektionsleitung per Ablösung wiederzusetzen, während ein anderer Teil sich doch ausziehen, es müßten doch auch andere Vorschläge zulässig sein. Es wäre wohl ganz gut, wenn einmal andere Leute in die Sektionsleitung hineinkämen, da wohl nicht alles so rostig wäre, wie es oftmaß gesagt würde. Die hierauf folgende Wahl per Stimmzettel ergab folgendes Resultat: Thormann 178, Dreymann 139, Vergege 135, Landow 132, B. 58, Gr. 29 Stimmen von 200 abgegebenen Stimmzetteln. Ein Antrag von B., die Versammlung jeden letzten Freitag im Monat im Gewerbeschiffhaus stattfinden zu lassen, wurde angenommen. Zum Schlusse machte Thormann bekannt, daß das Stiftungsfest am 19. März im Gewerbeschiffhaus stattfindet und die Dampfsertour am 19. Juni nach Südenwörder.

Metallarbeiter.

Diedenhofen. Herr Laurenz Kud, Inhaber der gleichnamigen Firma für Eisenhöfen, verflossener und durchgesetzter Gemeinderatskandidat, bat wieder einmal ernst bewiesen, daß es seine Klausen waren, als er vor bald zwei Jahren der Diedenhofener Bürgerschaft als ein mit „großen kaufmännischen Fähigkeiten“ ausgestatteter Mann empfohlen wurde, der wohl imstande sei, als Gemeinderat in der Kommune den richtigen Weg zur Sparanstalt zu weisen. Das, was ihm durch „den blöden Unverstand“ der Diedenhofener Gemeindewähler in der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen „leider“ unmöglich gemacht wurde, hat er jetzt mit gutem Erfolg in der eigenen Bude probiert. In einer Zeit, wo wir ernst die Schwelle zu einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges überqueren, in der man sich an diesen Orten wohl bald wieder zu Lohnherhöhungen berufen kann, nimmt die Firma Kud, deren Inhaber — wie in dem feierzeitlichen Flugblatt weiter behauptet war — ein Mann des „gefundnen Fortschrittes“, „ein großer Freund der Arbeiter“ ist, O h n h e r b e r g u n g e n bis zur Höhe von 10 R. pro Stunde vor. Die Firma Kud wird bald ein Faktor, der in der Entwicklung der Stadt Diedenhofen etwas zu bedeuten hat, denn

Idee mag das außer Raum und noch wichtige Stundenlohn von
25 bis 30 M. und Fleischpreise in Fleischketten pro Pfund von 1,-
und darüber! Ob nicht dieser schändliche Weg zur "Parlament" der
Firma einen sozialen Zopf kostet gewaltiges Nachzähmmen ver-
ursachen wird? Freilich sind derartige Verhältnisse bei einer Firma
der kein Wunder, wenn man bedenkt, daß bei der Submission der
neuen Eisenbahnverwaltung ein dem Reichsdeutschen gleichartiges
Unternehmen eine um circa 80 000 M. höhere Verdienststellung als
unter Gußmittelus stand. Indessen, es gibt immer noch Arbeiter, die
amalt sich zu organisieren und derartigem Spiel ein Ende bereiten
zu wollen, ohne Rücksicht auf das Werken in ihrer Firma sich mit
Zammetzähnen und Gußsteinen reggstellen lassen. Unter diesen ber-
narem Bestimmungen der Meldegewerbe- und der eigenen Arbeits-
ordnung nochni sich die noble Firma bei der leichten Uphabrechnung
am 10. Januar später noch die Freiheit heraus, den Abzug über
den ganzen verfloßenen Dezember auszuhändnen. Man ist tatsächlich
im Stauffel, was am metzen zu bepunktieren ist: Arbeiter, die der-
netts mit sich umspringen lassen über Fertigungssch., die thro Geute
geartig hier einzuführen, daß sie sich die habneblichsten Gesetzesver-
lebungen glauben setzen zu können. Daß es mit den Diederhofseuer
Gemeinderatsmitgliedern nicht ewig Eissig bleibt, dessir wird nach
seinen neuesten Festslungen die Gesamtarbeitschafft so flüher sorgen,
wie sie gewiß ist, daß auch doch der lebte Deutsche Missarbeiter be-
freißen wird, daß er, um in Zukunft allen kapitalistischen Praktiken
die Gitter hinter an können, in seine Organisation, den Deutschen
Metallarbeiter-Verband, gehört.

Rundschau.

Feindstag,

Unter den Gegenmaßregeln, die Deutschland zur Verfügung stehen, erwähnte Redner die mögliche Zoll erhöhung auf Champagner — gegen das die Champagnertrinker erlauben —, die indirekte Zoll erhöhung durch entsprechende Gestaltung der Eisenbahntarife für Blumen und Wein. Bezeichnend ist, daß der freisinnige Magistrat von Nürnberg erst kürzlich die Schaffung der Arbeitslosenversicherung vertragte. Nun sollten die Spielwarenunternehmer ihren großen Einfluß benutzen, um wenigstens eine Linderung der zu erwartenden Not herbeizuführen, wogegen sie aber nicht tun; denn gerade das Unternehmertum braucht ja die lohnabzugierende Armee der Arbeitslosen. Hier zeigt sich frisch die große Bedeutung auch der Kommuunalpolitik für die Arbeiter. In der Diskussion beschloß ein Heiner Erzeuger und Händler, daß durch die mittelständischen Geschwörungen des Kreis und Hauptverbandes der Arbeit der Spielwaren im Inland beeinträchtigt wird. Der Referent wies nach, daß die Zukunft der Spielwarenindustrie in der Entwicklung zum Fabrikbetrieb und zum kapitalistischen Massenbetrieb durch die Moreshäuser liege. Die elektrische Industrie Schäffingens und des Erzgebirges, der sich auch immer mehr Bedeutung in Nürnberg zugesellt, ist weit — je eher je besser — zu verschaffen. Sie ist es ja, die den Schuhfällern in Frankreich und den Kartoffelfarmen in England dazu dienen zu wollen, den arbeitenden Arbeitern den Schutzwall als Abwehr fremdländischer Schuhproduktionen gewissermaßen zu machen, wenn auch durch Schuhfälle, wie diejenigen, in Europa (zum Unterschied von denen in Deutschland), die Gewerke nicht beseitigt, sondern nur Glanz auch über die fabrikindustrielle Arbeiterschaft gebracht wird. Am Schlusse der Verhandlung traten eine Anzahl Bevölkerer, den waranen Auflösungen des Referenten und Verteilenden folgend, dem Deutschen Reichsbetriebsverband bei. Für die Brüder der Fürstigen Exportware war die in der Vergangenheit gewohnte Mitteilung sehr bestreitend, daß sie den ihnen von den Erzeugern, zum Beispiel den Spielwarenherstellern, zugesetzten Arbeitstag nicht 1917 verant- worten könnten.

Während der Regierung, gewährten Arbeit von zuerst 12½ Prozent nun schon auf 20 Prozent hinzugetrieben haben, was natürlich zunächst auf die Arbeiter obzuhören vermagt wird.

Wieso? Die Ratiologie des Arbeiters in den Morgen- und Abendarbeitsplätzen wurde in einer öffentlichen Verhandlung, die am 11. Sonnabend hier in der Hauptsäle abgehalten wurde, treffend beleuchtet. Die Verhandlung war vom Metallarbeiter und vom Holzarbeiter-Verein gemeinsam veranstaltet, die Angehörigen der Wissenschaften Wissenschaftler und die Bürgermeister und Geistliche waren eingeladen. Die ersten waren zahlreich und zahlreich. Zuerst riefte etwa folgendes aus: Seit mehr als drei Jahren besteht eine schwere Krise, wobei der die Arbeitnehmer fast zu Leidern haben. Die Arbeiter der Waggon- und Eisenbahnwerften aber leben besonders schwer gestossen. Die Arbeitslosigkeit dieser Sparte isten die Stahlschmelzereinheiten, welche seit dem Ende ihrer guten Zeiten für die Lage der Arbeiter verantwortlich zu machen, denn es habe es in der Hand, durch Erhöhung und Beschleunigung des Eisenbahnmateriels, das auf überall und zu jederzeit leicht los, Arbeit zu jagen. Die Ursache der Krise liegt in der industriellen Produktionsschwäche. Der Eisen und in anderen Gütern auf die Gewerbe sozialen viel zur Neigung hat gezeigt, aber die Gewerbe allgemein nicht. Ueber die Zahl der Arbeiter in den Eisenbahn- und Waggonwerken hat der Deutsche Metallarbeiter-Verein Schätzungen vorbereitet. Der Verein sieht ein solches Resultat vor, das bis ins folgende entnehmen. Die Schätzungen sind nach dem 20. Februar mit 23 Waggon- und 13 Eisenbahnarbeitern, in denen zusammen 38 165 Arbeiter beschäftigt sind. Der Rückgang in der Zahl der Beschäftigten betrug in der Zeit vom November 1908 bis November 1909: 18 Prozent im Waggonbau, 13 Prozent im Eisenbahnbau. Dazu kommt noch, daß die Arbeitszeit in den betroffenen Betrieben durchweg verkürzt ist, um 1 bis 3 Stunden pro Tag, in den meisten Fällen auch mehr als die Hälfte eines Tages. Außerdem wurden nach 9:30 Uhr viele Stellen beseitigt, je 1 bis 2 Tage ausjehen. Die höchste Arbeitszeit betrug im Eisenbahn 210 Minuten pro Stunde, bei Kurzschwung 50-55 Minuten pro Stunde, 105-110 Minuten pro Stunde, während die Eisenbahnzeit je 20-25 Minuten genau beobachtet ist. Die Zahl der Entlassungen beträgt jetzt 450 bis 500 Männer, eine hohe Zahl in kleinen eingeschlossenen Betrieb im Verhältnis zur Zahl der Arbeitnehmer erreicht in Europa kaum noch eine solche und ähnliche Form und eine ganze Reihe anderer Mittel. Besonders aber die wirtschaftliche Regierung hätte alle Beweisführung, für Arbeit zu sorgen, weil das Kapitalpotential der wirtschaftlichen Staaten sehr nach Erfahrung aller Freuden, des isolierten in einem geschlossenen Kreise ist. Es ist sie die wirtschaftliche Regierung in bestehender Bevölkerung ist, so wie im Wirtschaftskreis. Ganz besonders aber muß gesagt werden, daß die Siedlungen die Krise gegen den Arbeitern eben getragen werden müssen, wenn die Siedlungen der Wirtschaftsförderer, in der in Frage kommenden Siedlungen ist 1909 auf dieselben Fälle gefährdet wie 1908, in höheren Maßen und zu Prozent. Der Regierungsmann, der die Wirtschaftsförderer regiert, fordert zwischen 490 und 1099 A pro Arbeit. Der frühere Minister, die den sozialenischen Verlust zu begrenzen und die auch die ganze Zeit der neuen Sparten tragen möglichen! Sie — die Regierungen — haben Wahrheit gesetzt, für beiden Sparten erneut! Einmal statt Platz — das sei die Sprung des Sparten der Menschen gegönnt. Die bürgerliche Krise hat nun ihre einzige

Seit einer Stunde gebracht, nach der der preußische Staat die Befreiung von 100 Millionen Mark für die Beschaffung von Eisenbahnmaterial beim Handtag beantragen will; die Versammlung rief darauf hin, daß das recht schnell geschieht und daß auch die mecklenburgische Regierung sobald sie zur Verfassung tritt, den Landesrat, Genossen Walzen und Ehring, gehalde in treßenden Wörtern die Zustände im preußischen Parlament und den geringen Einfluss der Arbeiter auf dasselbe. Es ging speziell auf die mecklenburgischen Verhältnisse ein, die Verfassungsfrage erörternd, und daß Verhältnisse der Reichsregierung zu berücksichtigen. Darauf kamen bis jeder Verschreibung strotzenden Eisenbahnhinrichtungen, die „Waggons“ — besser „Liebewagen“ — 4, Klasse, deren Bedeutung und dieses andere zu sprechen, besonders in der Nordenberg darauf hin, daß auch das Bürgertum und die Stadt Wismar das höchste Interesse daran habe, daß die Arbeiter besser beschäftigt würden. In der Debatte wies Genosse Schmitz noch darauf hin, daß das mecklenburgische Eisenbahnhinrich besser ausgebaut werden müsse, daß der Waggontypenmangel sehr groß sei und daß durch die Stadtverwaltung auch auf den Handtag eingespielt werden könne. Die Versammlung, die vorläufig 450 Personen besucht habe, darunter viele Angestellte der Waggonfabrik und auch Geschäftslute, habe die folgende Resolution einstimmig ab: „Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von der tragurigen Lage der Arbeiter der Waggon- und Lokomotivfabriken im allgemeinen und von den Zuständen der Waggonfabrik in Wismar im besonderen. Die Anwesenden erklären es für eine Pflicht der Regierungen, in Abetracht des Notstandes die Fabriken mit Rüstzeugen zu versorgen, da nicht nur Mangel an Waggonen besteht, sondern auch mit dem zu Ende gehen der Wirtschaftskrise Wahrbedarf eintreten muß, wozu noch kommt, daß besonders die mecklenburgischen Städtebahnen sehr schlechtes Material auch an Personenzügen haben. Daher ist der Staat in der Lage, die Not des Arbeitersstandes zu beileiten und zugleich sein Material an Waggonen und Lokomotiven zu ergänzen und zu verbessern. An der Erhebung der Lage der Arbeiter hat die Stadt Wismar, hat das ganze Bürgertum ein erhebliches Interesse, und daher schließen die anwesenden Geschäftslute der Vorbereitung der Arbeiterschaft sich an. Die Leitungen der Gewerkschaftsorganisationen werden ersucht, beim Ministerium des Innern vorstellig zu werden, damit dieses Maßträge für die Waggonfabriken erlassen möge.“

Rundschau.

Reichstag.

Das Recht der Interpellation bedeutet für das Parlament dasselbe, wie das Recht der Petition für die Gesamtbevölkerung des Staates. Es ist seinem Wesen nach nichts anderes als die Bezugnis, unter Überspringung der vorgeschriebenen Instanzen besondere Beschwerden rasch auf Erledigung zu bringen oder den Wünschen bestimmter Bevölkerungsgruppen wenigstens Gehör zu verschaffen. In einem Staatswesen, das sowohl in seiner Verfassung wie in einer Verwaltung so viele Defekte aufweist wie das Deutsche Reich, wohnt den beiden Rechten eine besonders große Bedeutung inne. Es heißt deshalb auch keineswegs die Zeit des Parlaments verlaufen, sondern sie im Gegenteil sehr häufig verwendet, wenn die Parteien, die Grund zu Beschwerden haben, diese zum Gegenstand von Anträgen im Parlament machen. Theoretisch würde sich ja wohl auch im Verlauf der der Volksvertretung zugewiesenen Hauptarbeit, nämlich während der Etatberatung Gelegenheit bieten, solchen Anträgen und die Regierung auf Abhilfe aufzufordern; tatsächlich ist der Weg aber wenig empfehlenswert, weil die Etatberatung belanglos ohnehin so weitgehend und so mit allerhand Leidetum überschässt ist, daß selbst die wichtigste Anregung beständig der Gefahr schwebt, unbedacht unterzugehen. So kommt es nun, daß der Reichstag regelmäßig im Anfang seiner Tätigkeit mit einer großen Zahl von Interpellationen überschüttet wird, deren Bedeutung viele Tage in Anspruch nimmt, ohne daß übrigens ein entschiedenes Resultat erzielt würde, weil die Geschäftsvorordnung die Anhörung von Anträgen auf eine Interpellation verbietet. Das kann, um eine Gelegenheitsgeschäftsmacherei zu verhindern, zu der Regierung bei besonders aussfälliger Anlässen doch immer einzuhauen lohnt.

Wie haben jenen berichtet, daß sich der Reichstag sofort nach den Weihanchtsjessen mit den Beamten- und Lehrermaßregelungen Kollowitz beschäftigte und dabei der Regierung, die starr an der sinnlosen und verfrüchten preußischen Polenpolitik festhielten wollte, eine höhere moralische Niederlage beibrachte. Eine ähnliche Beurteilung nehmen die Anträge über den Versuch der militärischen Bepröfung des Sozialstaates während des Weltkriegs — Ida Steck und über die Hanabahnen des neuen eteinsgeiges. Bei beiden Gelegenheiten trat deutlich hervor, daß wir jetzt an der Spitze des für die Sozialpolitik zuständigen Reichsministers des Innern in den Personen des Staatssekretärs Richter Karlsruhe derart einen Erfolg haben. Sie legen darauf an, durch ihre Verwaltung und durch ihr Auftreten im Zusammenen der „Rechte“ der Arbeiterschaftlichkeit zu zerstören, in des Amt unter Roßdorff und Schumann-Schäfer — ganz unverblümt, wie man angeben will — bei den Unternehmern aber ist. Der den beiden neuen Räumen ihre Absicht schon ganz gut gelungen ist, wollen wir nicht bestreiten. Nur zweifeln bestmöglich, ob sie an dem Effekt jähren Verhältniss bestimmt Straße haben werden. Es gehört nicht überraschend viel Verstand dazu, zu begreifen, daß man ein großes Reich mit gewaltigem und kostspieligem zum Teil parteifisch organisierten Sozialstaat bestreben will heraus mit den Söhnen eines preußischen Bürgertums regieren kann. Den jüngsten Britonner, einen alpinen Hinterbaurn, möchte es zur Rat noch gestattet haben, jedoch nicht die Schande der Revolution zu sehen und seine Politik zu leiten; aber wogegen ein Menschenalter es kann doch der Gedanke und der Kultus eines entlasteten Proletes zu viel anstrengt, wenn man die Verwendung von Heimspugnac und Heimangriffen gegen Kirschende, die sich nicht den geistigen erhabenen Verlust gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu schaden lassen können, vom Regierungsgesetz herabdringen will. Die Scenie beim Mansfelder Stein befürchtet gerade darin, daß es sich dort um eine rostatisch in die offizielle Zeit Königreichs Arbeiterschaft handelt, eine Arbeiterschaft, die noch so wenig politische und soziale Entwicklung hat, daß sie einen Platz vor den Qualitäten des barmherigen Herrn in Mannheim nicht mehr einzuweisen ist den Reichstag aufzufordern. Dessen hat wohl niemand erwartet, daß der neue preußische Regierung, ein General v. Schröder, aber der Stellvertreter — und jüngst war „Reichsminister“ des umstrittenen Reichslandes außerordentlich freundlichen preußischen Landtag, der das Militär einzusetzen kann gegen Frauen und Kinder nach Mansfeld und den Rest dieser Herrschaften soeben beim Güterpolizei-gericht eingestellt, auf den Altar des Sozialstaates schlachte kann. Sie wüssten leicht, was sie sagen und nicht sagen werden. Sie sieben zwei Stunden lang Spiegeler und werden aus wohl insbesondere einer Liebe ziehen. Aber etwas anderes liegt eng der Reichstag ausgesetzt zu werden. Der temperierte Führer der Bergarbeiter, Bergarbeiter Schäfer, hatte seiner vielleicht etwas an ausführlichen Erfahrungssache das Vertrauen der „Reichsminister“ darüberwiederholt kurz bestreit und dadurch

dem Vorsitzer dieser wahrlichem Kulturbürgerschaften, dem Ge-
brauchsgerichtlichen Dr. H e l s i c k e r , auf den Plan gerufen. Wenn
noch irgend ein edlerer Arbeiter an die Würdigkeit dieses Mannes
und an die Wohlthat eines den Arbeitereinheiten gedenklichen
Wirkens seiner Organisation geglaubt hat, der muß jetzt entweder
surten oder ist mit unheilbarer Blindheit geschlagen. Trotzdem
den wogenden Gelben und einem Manne, wie Herrn Dr. Helsicker,
vermögen wir mit der Kuppe selnen Unterschied zu entbeden. Nicht
einmal Otto Stenck hat sich bei Gelegenheit dieser Interpretation
zu ähnlichen Haussmärtzen hergesessen, wie dieser „Schlagersührer“,
der sich in der Vertheidigung des alten Bergarbeiterverbandes, in
schäßiger Benutzung seiner Führer und in der brüderlichen Un-
betung des preußischen Müttergottmus nicht genug tun konnte. So
schimpflich war sein Verhalten, daß sein eigener Fraktionskollege
K t e d b e r t s aussandt und ihn mit ein paar Steinporten kräftig
von sich abschüttete.

Was das neue Vereinsgesetz ansagt, so war der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, Abgeordneter Wey, in der Loge, ein ganzes Bündel von Beweisen dafür auf den Tisch zu legen, daß die preußische Polizei heute wie früher in der ungernsten Weise ihre gewohnte Belästigung der Arbeiterorganisationen betreibt. Vom Südbadischen Standpunkt aus sagte Abgeordneter Gruber, der Erlass des neuen Gesetzes „habe nichts am Vereins- und Versammlungsrecht geändert“; im entgegengesetzten Sinne können wir das auch von Preußen-Sachsen gestern lassen: auch dort hat sich nichts oder so gut wie gar nichts geändert, das heißt den Arbeitern beschneidet man-thr Recht trotz allen sogenannten Sicherungen genau so, wie man es vorher auch getan hat. Und natürlich auch mit demselben Erfolg oder besser gesagt: derselben Erfolglosigkeit. Die dort geliebte Radikalpolitik ist, man möchte sagen: polizeiwidrig dummi Weit entfernt, die Proletarier von der Verfolgung ihrer Ziele abzuschrecken, schmiedet sie sie nur um so fester zusammen.

am 20. Januar begann endlich die Staatsberatung mit dem Kapitel *Fürstische inquit*, nachdem schon vorher die erste Sitzung der neuen Justizgesetze (Reform der Strafprozeßordnung und einzelnes Kapitel des Strafrechts) den Reichstag beschäftigt hatte. Wie wir schon hörten, wird über diese wichtigen Dinge später noch im Zusammenhang zu referieren sein.

Gewerbeblattisches.

Schmiede-Gesellschaftes.
Schmiede. Unter der Epigrafe „Übertritt des Schmiedeverbandes zum Metallarbeiterverband?“ brachte das Sozialdemokratische Pressebureau am 28. Dezember vorigen Jahres eine Notiz, wonin es die vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes formulierten Vorschläge für den Übergang des Schmiedeverbandes kurz kennzeichnete und folgendermaßen schloß:

„Wirb der Lebvertretis unter den vom Deutschen Metallarbeiter-Verband sehr entgegenkommenden Bedingungen von den Delegierten des Schmiedeverbandes beschlossen, so gescheht das sicher zum Vor teil der Mitglieder des Schmiedeverbandes, und manche üble Grenzstreitigkeit wäre damit zugleich beseitigt.“

Diese Notiz samt den ohne Zweifel durchaus richtigen Schlusszeilen wurde von vielen Parteiblättern abgedruckt. Sie hätten es vielleicht zum Teile unterlassen, wenn sie geahnt hätten, in welche Herboßität sie durch den Abdruck der Notiz einige Funktionäre des Schmiedeverbandes verzieht haben. Diese Herboßität ist es denn wohl auch, die die Schmiede-Zeitung zu einer Stellungnahme veranlaßte, die mit den Tatsachen in bedauerlichem Widerspruch steht. Wir hätten uns bis nach dem Schmiedeverbandszug mit der Verschmelzungfrage am liebsten gar nicht mehr beschäftigt, wenn man aber von vornherein versucht, sich in solcher Weise mit den Tatsachen in Widerspruch zu setzen, wie es in den letzten Nummern der Schmiede-Zeitung geschehen ist, so müssen wir zur Steuerer Wahrheit doch noch einiges sagen. Die rücklose Notiz des

„Übertritt des Schmiedeverbandes zum Metallarbeiterverband? Wie wir der Metallarbeiter-Union entnehmen, sond Ende September in Hamburg eine Konferenz der Vorstände obengenannter Verbände statt, die sich mit dem Übertritt des Schmiedeverbandes zum Deutschen Metallarbeiter-Verband beschäftigte. Die Verhandlungen führten zu keinem resultiven Ergebnis. Die Vorstände beider Verbände waren dahin überein, daß der Vorstand des Schmiedeverbandes die vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gemachten Vorschläge seinen Mitgliedern zur Diskussion und Stellungnahme mit den übrigen Anträgen zum Verbandstag unterbreiten wolle. Dies geschieht nun auch in Nr. 1 des Jahrgangs 1910 der Schmiedezeitung.“

Diese Stelle in der Notiz hat es der Schmiede-Zeitung angetan.
In ihrer Nr. 2 schreibt sie folgendermaßen:

„Lebhaft ritt des Schmiedeverbandes zum Ma-
gistrat bei der Verbands. Unter dieser Stichvorlage geht durch
die deutsche Arbeiterpresse eine Notiz, die nur einen einzettig
fortmietter oder einsetzig interessierte
Felle ausgeben kann. Die Notiz enthält eine merkwürdige Dar-
stellung der Ergebnisse der Verhandlungen, die von den Vorständen
der beiden Verbände geführt wurden. In der Einleitung heißt es,
daß der Vorstand des Schmiedeverbandes die vom Vorstand des
deutschen Metallarbeiter-Verbandes gemachten Vorschläge seinen
Mitgliedern zur Diskussion und Stellungnahme mit den übrigen An-
trägen zum Verbandszug unterbreiten wolle.“ Diese Darstellung ist
reflexivisch, wie auch aus der Veröffentlichung in der letzten Num-
mer dieses Blattes hervorgeht, was heißt:

Der Vorstand des Schmiedeverbandes heißt auf Grund dieser Vorschläge eine weitere Versammlung für zwingend, erklärte sich aber bereit, den nächsten Sonntagvormittag das Ergebnis der Verhandlung in unparteiischen

Diese Ausübung bedeutet und kann doch auch nicht bestehen, daß der Vorstand des Schmiedeverbandes unter solchen Bedingungen den Vorschritt nicht für zweckmäßig hält, aber den Mitgliedern überläßt, ihre Ansichtung zu berücksichtigen und zu berücksichtigen. Die betreffende Notiz aber läßt in dem Ueingetadelten die Ansichtung aufkommen, daß wenn der Vorstand des Schmiedeverbandes die gemachten Vorschläge seinesseits als Anträge der Generalversammlung unterbreite.

Weiter heißt es in der Rüsteitung der Vorschläge, daß den Gewieden volle Bewegungsfreiheit als Section innerhalb des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gewährleistet werde. Wie der Vorsitz des Schmiedeverbandes über die Bewegungsfreiheit, die den Gewieden im Deutschen Metallarbeiter-Verband geboten würde, steht, kommt wohl kaum in Frage; es mag aber beweckt werden, ob es in erster Linie der Mangel an Bewegungsfreiheit war, der den Vorstand veranlaßte, von der Zweckmäßigheit weiteren Verhandlungen zu reden. Wenn nun in der Rüste von der Bewegungsfreiheit die Rede ist, dann wäre es wohl zweckdienlicher gewesen, den interessierenden Absatz 7 der Webersrittsvorschläge in seinem vollen Gottlobt hervorzuheben; denn darüber bestehen doch sehr ge-

Ob der Ueberzitt zum Vorstell des Mitgliedes des Schiedsgerichtes geschehen würde, wie es in der Notiz heißt, ist trotzdem die ziemlich gewagte Behauptung, über die ebenfalls geteilte Meinungen herrschen. Unparteiische Berichterstatter würden das Urteil sicher dem Ueberzeugen lassen überlassen.

Wir fühlen uns verpflichtet, diese Ansichtung zu bringen, um die verschiedenartig beliebte Legendenbildung auf ihren wahren Wert einzuführen.“

Um nicht zu den Fehler der Schmiede-Zeitung zu verfallen, haben wir uns gestattet, die Ausschreibungen dieses Blattes in vollem Wortlaut wiederzugeben. Es wäre besser gewesen, wenn die Schmiede-Zeitung es mit dem kritisierten Fassad des Pressebüroamts dieses gemacht hätte. Dann wären aber auch die Schlussfolgerungen allererst Teil des Pressebüroamts mit der Bewertung aus der Schmiede-Zeitung vergleichbar, die deren Reaktion des Pressebüroamts gegenübersetzt ist. So kann man, wenn man sich bemüht, objektiv zu sein, mit dem besten Willen nicht den Gegenseitigen finden, den die Schmiede-Zeitung herausstellt. Dies kann man erst dann, wenn man den von und gesperrten Sach in der Pressebüroamtsgeschichte heraushebt. Ob diese in Nr. 2 der Schmiede-Zeitung vorgetragen werden kann wie natürlich nicht untersuchen. Wäre das letztere der Fall, so könnte nur die Schlussfolgerung überzeugt, daß die Zeitung des Schmiedeverbands schreibt, daß die von ihr bisher vertretene Sache auf recht schwachen Füßen steht. Die Schmiede-Zeitung hätte also eher Veranlassung gehabt, die von ihr kritisierte Seite der Notiz im Wortlaut abzudrucken, als daß sie gegen das Pressebüroamt den Vorwurf erhebt, den Absatz 7 der Vorschläge nicht im Wortlaut gebracht zu haben, zumal doch die interessierten Mitglieder bei einer Gouvernance in den Wortlaut in ihrem Verbandsorgan hielten. Unter solchen Umständen wirkt der Vorwurf der Schmiede-Zeitung recht komisch.

In Nr. 3 der Schmiede-Zeitung befindet sich eine Einsendung des Hauptvorstandes des Gau's, worin es folgendermaßen heißt:

"Die Vermutung liegt nahe, daß befagte Notiz von partizipativer, verschmelzungsfreundlicher Seite in die Parteipresse lanciert worden ist."

Der genannte Gauleitung kann man keinen Vorwurf machen. Sie hat offenbar nicht gewußt, woher die Notiz stammte. Die Reaktion der Schmiede-Zeitung drückt dies aber ohne weitere Bemerkung ab, obwohl sie sonst doch nicht so faul im Anhänger von Reaktionen beworben ist. Diese ganze Haltung des Blattes muß bei Umlaufverbündeten natürlich den Eindruck erwecken, als sei die Notiz vom Deutschen Metallarbeiter-Verband veranlaßt worden. Dies ist natürlich keineswegs der Fall. Das Pressebüro hat seine Erklärung, wie es auch selber bemerkte, lediglich aus der offiziellen Bekanntmachung der Einigungsverschläge in Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung bezogen. Nun muß bei unserem Blatte wegen seiner hohen Auslage der Druck schon am Montag vor dem 20. Februar angegebenen Einigungsstag beginnen. Am selben Tage werden schon die ersten Exemplare (an die Bezirksleiter zu) versandt. Darunter befinden sich regelmäßig auch die Exemplare für das Pressebüro. Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung ist vom 1. Januar datiert, ist war aber schon am 27. Dezember an das Pressebüro abgesandt worden. Dieses konnte also am 28. schon sehr wohl die Notiz versessen. Die Originalnotiz befand sich spätestens am Ende des Dezember schon in den Händen der Redaktion der Schmiede-Zeitung. Nichtsdestoweniger hat diese es fertig gebracht, in ihrer über eine Woche später abgeschlossenen Nr. 2 die Sache so hinzustellen, als ob von irgendneiner dem Deutschen Metallarbeiter-Verband besonders günstig gejüngten Seite durch diese Notiz Stimmungsmacherei betrieben werden sollte. Das Pressebüro war in seinen Schlussfolgerungen natürlich von der Ansicht ausgegangen, daß die Verschmelzung von Gewerkschaften, die naturgemäß zueinander gehören, als ein Fortschritt in der Arbeiterbewegung anzusehen sei. Die Schmiede-Zeitung scheint die Anerkennung solcher Unrichten offenbar als gefährliches Verbrechen anzusehen. Bei der Beurteilung solcher Verbrechen kann sie aber, wie aus obigem hervorgeht, nicht umhin, der Wahrheit Gewalt anzutun.

Auch wir sind der Meinung, daß es am besten ist, die Generalversammlung des Schmiedeverbands möglichst unbesorgt über die Verschmelzungsfrage entscheiden zu lassen. Vom Gangan des Schmiedeverbands darf man aber verlangen, daß es von vornherein streng bei der Wahrheit bleibt. Dies hat es nicht getan. An dieser Tatsache wird auch eine etwaige Schimpfanade gegen uns nichts ändern können.

Gewerkschaften. Die Nr. 3 des Verbandsorgans der Stoffkästen enthält folgende Bekanntmachung des Hauptvorstandes:

Bericht durch die in Aussicht stehenden außergewöhnlichen Löhnänge, fand am 1. und 2. Januar in Hamburg eine Konferenz des Ausschusses und der Gauleiter unseres Verbandes mit dem Hauptvorstand statt. Hier wurde folgendes beschlossen: Zur Führung der voraussichtlich in diesem Kalenderjahr zu erwartenden Lohnkämpfe stellen die Hilfslizenzen der Hauptklasse ihre örtlichen Fonds darlehnswise zur Verfügung. Die in Bantzen, Sparassen, Gewerkschaftshäfen, Konsumentvereinen deponierten Gelder sind alsbald zu bindigen oder sonst sinnvollsten verfügbaren zu machen. Die Überführung der Hilfslizenzen an die Hauptstelle soll in möglichst kurzer Zeit vollzogen werden. Weiter wurde die Erhebung von Extraabteilungen beschlossen, und zwar soll jedes Mitglied vom 1. Februar an, also erstmalig mit dem Beitrag für die siebte Beitragswoche, höchstens 1 M. als Extrabetrag zahlen, der voll an die Hauptstelle abzufließen ist. Arbeitslose Kollegen, soweit sie infolge Arbeitslosigkeit statutarisch von den ordentlichen Beiträgen befreit sind, zahlen den Extrabetrag nicht. Ferner sprach die Konferenz sich dahin aus, daß in Anbetracht des zu erwartenden außerordentlichen Umlanges des Kampfes die zu zahlende Streckenkosten in den Rahmen der im Statut festgestellten Höhe nicht überschreiten soll. Das gilt für die einzuhaltende dreitägige Karentzeit sowie für eventuelle örtliche Zuschüsse. Von den Hilfsvorständen sowie allen Mitfederern wird erwartet, daß sie die Notwendigkeit der vorstehenden Maßnahmen einsehen und ihr möglichst zu deren glatten Durchführung beitragen werden."

Folgen der „Reichsfinanzreform“.

Die Kulturbürgertum der vom blau-schwarzen Schapsbloc im Reichstag durchgeführten „Reichsfinanzreform“ zeigt sich aufs neue dadurch, daß die Bündholzfärbler sich zu einem Verbund-Syndikat zusammengeschlossen haben, um die Preise höher zu treiben. Das Syndikat wird seinen Sitz in Dresden haben. Die nächste Folge wird die sein, daß entweder die Bündholzler noch teurer werden, oder aber, daß der Inhalt der Bündholzfärbeltern vermindert wird. Diese unerhörte Preistreiberei ist dadurch möglich geworden, daß die Bündholzfärbeltern auf Jahre hinaus vor jeder Konkurrenz geschützt sind. Das Gesetz belegt nämlich neu entstehende Färbeltern mit einer höheren Steuer und schafft damit jede Konkurrenz aus. Vor Infrastrukturen der Steuer hat das Publikum seinen Bedarf oft lange Zeit geleidet, dadurch mißte in den Bündholzfärbeltern eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Die Arbeiter haben sich nun an den Reichstag mit der Bitte um Unterstützung gewandt und die kartellierten Fabrikanten halten sich dadurch schadlos, daß sie das Publikum schrotten. —

Ferner ist folgender Aufruf an die Bündholzarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands erschienen:

Infolge des Bündholzsteuergesetzes vom 15. Juli 1909 ist über die deutsche Bündholzindustrie eine Krise hereingebrochen, die für die betreffenden Arbeiter und Arbeitnehmer Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung zur Folge hat.

Die Bündholzarbeiter und -Arbeiterinnen von Bunsdorf und Niendorf am Stadtkanal (Großherzogtum Hessen) beschlossen daher, an den Deutschen Reichstag zu petititionieren, um zwecks Entlastung derartiger Arbeiter und Angestellten, die infolge des Inkrafttretnens dieses Steuergesetzes arbeitslos oder durch Betriebs einschränkung in ihrem Einkommen geschränkt werden.

Die Arbeiterfaßt der Bündholzindustrie von Bunsdorf und Niendorf fordert alle Kollegen und Kolleginnen auf, sich der Petition an den Deutschen Reichstag anzuschließen.

Die Petition sowie Listen zur Unterschrift derselben sind durch R. u. S. Keller, Frankfurt a. M., Voitstrasse 70 I, zu beziehen.

zu beziehen. Es wird gebeten, bis ausgetragenenlisten unverzüglich an die gleiche Adresse vorgetragen zu bekommen.

Mit freundlichem Dank J. U. Rudolf Keller.

Die arbeiterfreundliche Presse wird um Auftrag dieses Auftrages gebeten.

Kritik des Unternehmensverbänden.

Hauptziel deutsches Arbeitgeberverbände. In dem Bericht dieser Unternehmensorganisation über das verflossene Jahr steht der Syndikus Dr. Tönigk er zunächst fest, daß der Beginn des Jahres 1909 noch wirtschaftlich in einem schlechten Stand stand und daß erst im Herbst sich eine zwar leichte, aber doch allgemein erträgliche Hebung der Konjunktur gestellt habe. Der Zustand ist überwunden und eine Besserung der Marktlage ist sicher zu erwarten. Die Niedergangskurve, die Ende 1907 einsetzte, erreichte weder ihrer Dauer noch ihrem Umfang nach die der vorhergehenden Epochen, insbesondere nicht die der großen Wirtschaftskrise 1901/1902. Die Industrie ist gesetzlich geworden und kann Neuerungen besser widerstehen als früher. Die Arbeitslosigkeit ist im Jahre 1909 weiter zurückgegangen. Bereits das Jahr 1908 brachte einen Rückgang der Lohnbewegungen von 2512 auf 1488 mit 112 000 beteiligten Arbeitern. 1907 hatten sich noch 278 000 Arbeiter an Lohnbewegungen beteiligt. Für 1909 steht die genaue Zahl der beteiligten Arbeiter noch nicht fest, doch wird sie an die Zahl von 1908 nicht heranreichen. Wenn auch die Zahl der Arbeitskämpfe zurückgegangen ist, so hat noch dem Bericht die Schärfe der Kämpfe zu genommen. Als Beispiel dafür wird der Kampf im Mansfelder Bergbaubereich angeführt. Vom Ausland lenkte der Generalstreik in Schweden die Aufmerksamkeit der deutschen Unternehmer auf sich. In Frankreich nahmen die Streiks der Postbeamten und in England die Bewegung der Kohlenarbeiter die allgemeine Bedeutung in Spruch. Der Bericht weist weiter darauf hin, daß die deutschen Gewerkschaften trotz eines Rückgangs an Mitgliedern ihre Stärke dadurch verstärkt haben, daß sie im Jahre 1909 ihre Fonds von 33 auf 40 Millionen Mark erhöhen konnten. Dagegen gelang es den bürgerlichen Arbeitervereinen, den gekleideten Verbänden und Werkvereinen, ihre Mitgliederzahl auf 85 000 zu erhöhen. Was die Organisationen der Unternehmer anlangt, so brachte das Jahr 1909 den engeren Zusammenschluß der beiden Unternehmenszentralen durch einen vereinbarten Vertrag, der ein solidarisches Zusammengehen beider und Wahrung gemeinsamer Unternehmerinteressen verbürgten soll. Die beiden Unternehmenszentralen umfassen Verbände mit mehr als zweihundert Millionen beschäftigten Arbeitern. Im ganzen gibt es noch den Zusammenschluß des Kaiserlichen statistischen Amtes 2591 Unternehmertreffen mit dreihundert Millionen beschäftigten Arbeitern. Auf dem Gebiet der Gesetzgebung bemängelt der Bericht die Überflüsse und ohne Gehör der Industrie im Jahre 1909 erneut die bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung soweit, die eine tiefschichtige Eregung und Eritterung unter dem Unternehmertum hervergerufen haben. Auch das wieder in Aussicht gestellte Arbeitssicherheitsgesetz ist geeignet, Beunruhigung in der Industrie hervorzurufen. Die preußische Berggesellschaft und die Gewerkschaften und die Einführung der Sicherheitsmänner hält der Bericht für einen verdächtigen Versuch, die Bergarbeiter zu unterdrücken. Schwere Bedenken sind zu erheben gegen die noch weiter gehenden Pläne, insbesondere gegen den Ausbau oder gar gegen die gesetzliche Monopolisierung der partizipativen Arbeitsnachweise und gegen die Arbeitslosenversicherung. Diese Probleme bezeichnet der Bericht als weitere Schritte auf dem Wege, den Arbeitern von aller Selbstverantwortlichkeit zu entledigen und ihm die eigene Sorge um seine und der Seinigen Zukunft zu lassen der Gesamtheit zu nehmen. Das sei für den einzelnen vielleicht angenehm, für das Volksgesamtheit aber bedenklich. Der Ausblick in die Zukunft sei für die Unternehmer daher nicht sorgenfrei und die Anzeichen mehrern sich, die auf Sturm deuten. Im Ruhrbezirk wird der Kampf verkündet, der eintreten soll, wenn die wirtschaftliche Lage sich gebessert hat, in den Tarifgewerken häufen sich die Konflikte. Deshalb mühten sich alle Unternehmer einig sein in ihrem Ziel: Schutz der nationalen Arbeit in jeglicher Gestalt. —

Sowohl aus dem Bericht. Man eracht daraus wieder einmal, daß die Unternehmer konsequent und ehrlich auf den Ausbau ihrer Verbände bedacht sind. Eine neue Mahnung an alle Arbeiter, sich den Organisationen anzuschließen, diese nach Möglichkeit zu fördern, endlich aber auch der Versplitterung auf gewerkschaftlichem Gebiet ein Ende zu bereiten, um dadurch den Unternehmensverbänden gewünschter entgegentreten zu können. Aber leider werden weder die „christlichen“ noch die „sozialdemokratischen“ noch die anderen den frei-gewerkschaftlichen Zentralverbänden fernstehenden Verbände diese Einsicht befinden.

Gewerkschaft und Kriegerverein.

Im Mannesfelder Bergwerksteier scheint sich eine „reinliche Scheidung“ vorzubereiten, mit der wir in diesem Falle sehr wohl zufrieden sein können. Der Bergarbeiterstreik hat gezeigt, daß auch der den bisher so „rechtsstreuenden“ und kriegervereinsfreien Mansfelder Bergarbeitern ein modernerer Geist einzuziehen beginnt. Das hat nun jämliche Kriegervereine des Bezirkes in Auftrag gegeben. Sie haben sich ausschließlich in den gleich in Auftragsausfertigung herstellenden und verschiffen sie nun an die aufgelösten Krieger, die dem Bergarbeiterverband beigetreten sind. Das Formular hat folgenden Wortlaut:

Beschriftung.

Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören, solange diese sozialdemokratische Organisationen sind oder die sozialdemokratische Partei direkt unterstützen. Beschuß des Abgeordnetentags des Deutschen Kriegerbundes, Eisenach, den 4. Juli 1909.)

Dieser Beschuß hat mit den für den unterzeichneten Verein verbindlichen Satzungen des Deutschen Kriegerbundes und des Preußischen Landes-Kriegerverbandes gleiche Wirkung.

Der alte Bergarbeiterverband (Sitz Bochum) ist aber bekanntermaßen eine sozialdemokratische Organisation.

Da Sie nun geweckt haben, eine Erklärung:

1. der sozialdemokratische Partei nicht anzugehören und ihr auch nicht beitreten zu wollen.
 2. nicht Mitglied des genannten Bochumer Verbandes oder ähnlicher sozialdemokratischer Verbände zu sein, auch ihre Mitgliedschaft nicht erwerben zu wollen.
- unterstütztisch zu vollziehen, so muß der unterzeichnete Vorstand annehmen, daß Sie einer dieser sozialdemokratischen Organisationen angehören, infolgedessen nicht mehr auf dem Boden der Satzungen unseres Vereins stehen, sich vielmehr mit diesen und dem Zweide des Vereins in Widerspruch gebracht haben.

Der unterzeichnete Vorstand hat bisher in Gemäßheit des § 2 der Vereinszüge, der §§ 12, 15, 20, 21 Abs. 1 der Satzungen des Kriegerverbandes Mansfelder Kreis und des § 2 C Abs. 5c, § 6 Abs. 6 der Satzungen des Preußischen Landes-Kriegerverbandes in seiner Sitzung am ... beschlossen: Sie mit Beruf jeden Anspruchs an den Verein aus diesem

a u s z u s c h i e d e n .

Gegen diesen Beschuß steht Ihnen die Berufung an die Generalversammlung binnen einem Monat offen. Wir bemerken jedoch, daß Sie ein Recht, in der Versammlung des Vereins zu erscheinen und abzustimmen, nicht mehr haben.

Kettstedt (Südharz), am 31. Dezember 1909.

Der Vorstand des

Die Firma des einzelnen Vereins wird die Formel: Der Vorstand des "handelsrechtlich beigesetzten" Bergarbeiterverband und der gesamten Arbeiterschaft kann ein solches Verfahren mit denken. In den Mansfelder Bergarbeitern steht noch viel zuviel alte, mordspatriotische Tradition. Durch Massenausschüsse werden die Kriegervereine dazu gebracht, daß den Bergarbeitern diese alten Traditionen viel schneller ausgetrieben werden, als es sonst möglich gewesen wäre. Dadurch wird der Terrorismus der Krieger-

Eine Firma, die das Recht verleiht will.

Die Brüder der Firma Continental Gesellschaft und Güterverkehrs-Compagnie in Hannover (siehe Bildung, die an 1900 Millionen Mark über 40 Prozent Dividende verteilt) haben folgendes Schreiben erhalten:

Hannover, den 5. Januar 1910.

Werkstattmaching.

Eine größere Anzahl unserer Angestellten ist in letzter Zeit an und mit der Hilfe im Gewährung einer Unterstützung beteiligt, um und begründeten die Brüder diese Hilfe, daß sie, weil sie verheiratet seien, mit dem von uns gezahlten Gehalt nicht auskommen könnten.

Wir machen es daher unseren sämtlichen verheirateten Angestellten zur Pflicht, uns sofort Mitteilung zu machen, die sie besitzen, zu haben, denn es ist notwendig, daß Angestellte, die eine Ehe eingehen, auch ein Gehalt begleiten, das ihnen gestaltet, eine Familie anständig zu ernähren.

Wir müssen uns daher für die Folge vorbereiten, Angestellten die Genehmigung zur Heirat zu vergeben, falls sie bei uns zu bleiben gebeten, jedoch nach unserer Aussicht ein Gehalt beziehen, das die Eingehung der Ehe nicht gestattet.

Cont. Caputsc. und Güterverkehrs-Comp. (gez.) Seligmann.

Für die völlig bis auf das i-Wappen zutreffende Übereinstimmung unseres Abdrucks mit dem Original — schreibt der in Hannover eröffnete Volksverein — können wir nicht garantieren. Das genügt es, um zu finden, daß wir es mit einem Akt ersten Klasse Humanität zu tun haben. Das Recht ist nicht verboten, gewiß nicht. Aber, wer da prüft, ob er sich ewig binden kann, ob sein positives Herz zu einem negativen Herzen finden kann, der prüft zunächst, ob die geachte Monatsgabe zur Erhaltung des Zweibundes mit nachfolgender Vermehrung reicht. Alles weitere sagt die Bekanntmachung. Wir werden beim Lesen dieses Bekanntmachung den Gedanken an die Blütezeit des seligen Vaters Stumm von Neunkirchen erinnern, der auch die Heiratspläne seiner Untertanen in wohlvollendster Weise durchkreuzte.

„Christliche“ Agitationsmethoden.

Bekanntmachung. In einem großen Teile der Ausgabe von Nr. 4 ist in der unter obiger Spalte erschienenen Notiz im ersten Absatz durch Ausschaltung einer Zeile und Einfügung einer unrichtigen an deren Stelle der Zusammensetzung und damit der Sinn gestört worden. Es muß vom zweiten Satz an wie folgt lauten: Der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter nimmt aber nun nach dem blamablen Ausgang der Rheinfelder Wälder den Mund gewaltig voll gegen badische Behörden und besonders den Staatsanwalt Mehl, der vor dem „christlichen“ Engel nicht halt macht. Durch das „christliche“ Würgegeiß soll sich aber ja niemand täuschen lassen: die „christlichen“ sind trotz allem die treuen Staatsälten. Vor uns liegt das Flugblatt, das Jakob Minter (Berlin), Bezirksleiter des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes, vor kurzem in Danzig gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband verbreiten ließ. . . .

Vom Ausland.

Österreich.

In den letzten Wochen des vergangenen Jahres hatte sich der Kampf zwischen den Vertretern der industriellen Bevölkerung und denen der Agrarier dramatisch zugespitzt. Eine große Schlacht von entscheidender Bedeutung wurde im österreichischen Abgeordnetenhaus beigelegt.

Der Anlaß des Kampfes war die Regelung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Schon mehrmals vorher war die Öffentlichkeit durch die parlamentarischen Kämpfe um die Handelsvertreter in großer Aufregung versetzt worden. Im März des Jahres 1909 stand der Handelsvertrag mit Serbien zur Diskussion. Der Kriegsgegner waren Österreichs Böller eben glücklich entronnen, nun sollte dem Gegner die Hand zum Frieden, zum endgültigen Frieden, nicht zum bloßen Waffenstillstand, gereicht werden. Darüber war man sich klar geworden, daß Serbien dauernd nur dann ein friedlicher Nachbar bleibt werden, wenn Österreich ihm die Möglichkeit wirtschaftlicher Expansion nicht raube. Österreich mußte Serbien wirtschaftliche Konzessionen gewähren, das heißt es müsse die Einführung österreichischer Landwirtschaftsprodukte in genügender Menge gestatten; das war die Überzeugung auch der regierenden Kreise geworden. Trotzdem vermochte es die Selbstsucht der Agrarier, die Ausführung dieses Planes zu hindern. Der Handelsvertrag mit Serbien kam nicht zustande.

Einige Monate später entbrannte der Kampf um den Handelsvertrag mit Rumänien. Die Agrarier griffen schließlich zur Obstruktion — und wie leicht war es doch bis jetzt im österreichischen Parlament, Obstruktion zu machen —, um das Zustandekommen auch dieses Handelsvertrages zu hindern. Sie erreichten vorerst, was sie wollten, die Hinausschiebung der Beratung des belästigsten Vertrages.

Unter trüben Auspizien begann im Spätherbst 1909 die Tagung des Parlaments. Künftiglich schwölle sich das Volkshaus hin, es schien nur von der Gnade der Agrarier zu leben. Als die Regelung neuerlich eine Vorlage zur Ermöglichung von Handelsverträgen, insbesondere des Vertrages mit Rumänien, einbrachte, kam es zum Zusammenstoß. Eine Gruppe der Agrarier, die den Ischden, griff abermals zur Obstruktion.

Nun rasten die industriellen Parteien endlich auf. Die bürgerlichen Abgeordneten, die bis dahin einem entschlossenen Kampf mit den Agrariern sehr ausgewichen waren, beklagten sich der Taktik, die die Sozialdemokraten bereits wiederholt angetreten hatten: der Niedergang der Obstruktion in öffener Sitzung. Es wurde beschlossen, die Sitzung ohne Unterbrechung so lange dauer zu lassen, bis die schrecklichen Agrarier, physisch erschöpft, den Kampf aufzugeben gezwungen waren. Sechsunddreißig Stunden dauerte die Sitzung, bis dann schließlich in der Tat die Obstruktion beendet war.

Das Parlament gab sich — vorerst provisorisch für ein Jahr — eine neue Geschäftsordnung, die das Obstrukturen schwierig und nahm den Handelsvertrag mit Rumänien mit überwiegender Majorität an. Diese Wendung ist für die künftige Wirtschaft

